

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2012 — 3038

[2012/205003]

**19. JULI 2012 — Erlass der Regierung zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete
des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 23;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 10 und 12;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2000 über die Erteilung bestimmter Vollmachten an Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 16. Juli 2012;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal, den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Tragweite der Vollmachten.

Die statutarisch Vorgesetzten der Vollmachtinhaber können die Vollmachten selbst ausüben, ohne jedoch eine Entscheidung ersetzen zu können, die vom Vollmachtinhaber getroffen und dem Betroffenen mitgeteilt wurde.

Unter Vorbehalt spezifischer Vorschriften beziehen sich die Vollmachten des Generalsekretärs auf alle Angelegenheiten im Verantwortungsbereich des Ministeriums. Die Erteilung von Vollmachten erfolgt unbeschadet der umfassenden Weisungsbefugnis des Generalsekretärs gemäß Artikel 10 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten.

Art. 2 - Abwesenheit oder Verhinderung des Vollmachtinhabers.

Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung des Generalsekretärs werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem stellvertretenden Generalsekretär wahrgenommen, den er anweist.

Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines stellvertretenden Generalsekretärs werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem Bediensteten wahrgenommen, den der Direktionsrat anweist.

Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines Fachbereichsleiters werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem Bediensteten wahrgenommen, den der Direktionsrat anweist.

Art. 3 - Grenzbeträge.

Die in vorliegendem Erlass festgelegten Grenzbeträge betreffen die Gesamtheit der Ausgabe, den Betrag der Mehrwertsteuern nicht einbegriffen.

Art. 4 - Beglaubigung von Abschriften.

Dem Generalsekretär, den zuständigen stellvertretenden Generalsekretären, den zuständigen Fachbereichsleitern und den in Artikel 38 aufgeführten zuständigen Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung wird Vollmacht erteilt zur Beglaubigung von Abschriften.

Art. 5 - Bescheinigungen.

Dem Generalsekretär, den zuständigen stellvertretenden Generalsekretären, den zuständigen Fachbereichsleitern und den in Artikel 38 aufgeführten zuständigen Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung wird Vollmacht erteilt zur Unterzeichnung von Bescheinigungen bezüglich aktenkundiger Sachverhalte.

Art. 6 - Unterschriftendelegation.

Der Generalsekretär, die zuständigen stellvertretenden Generalsekretäre, die zuständigen Fachbereichsleiter und die in Artikel 38 aufgeführten zuständigen Leiter der Dienste mit getrennter Geschäftsführung können jeweils gemäß den Vorgaben des zuständigen Ministers in der Durchführung von ministeriellen Entscheidungen Mitteilungen an Betroffene im Namen des Ministers unterzeichnen.

KAPITEL 2 — Vollmachten des Generalsekretärs

Art. 7 - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis.

Der Generalsekretär wird als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 §§ 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt für alle Zuweisungen des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 8 - Zahlungsanweisung.

Der Generalsekretär wird als für die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 §§ 2 und 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt für alle Ausgaben, die vom Anweisungsbefugten, den bevollmächtigten oder den nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten ausgeführt werden.

Art. 9 - Funktionskosten des Ministeriums, laufende Ausgaben und Vergabe von Subventionen.

§ 1 - Der Generalsekretär wird als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung, die Feststellung der Ausgaben sowie die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 §§ 2 bis 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt:

1. für alle Ausgaben im Rahmen des Organisationsbereichs "Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft", Programm "Funktionskosten" für die Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74;

2. für alle übrigen im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74 bis zum Höchstbetrag von 10.000 EUR;

3. für die Gewährung von Subventionen bis zum Höchstbetrag von 5.000 EUR, soweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt.

Die in Absatz 1 erteilte Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

§ 2 - Die Regierung bestellt einen Einkäufer des Ministeriums als nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten.

Der Einkäufer des Ministeriums wird bevollmächtigt für die Mittelbindung und den Eingang der rechtlichen Verpflichtung gemäß Artikel 24 §§ 2 und 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die in § 1 aufgeführten Zuweisungen bis zum Höchstbetrag von 500 EUR.

KAPITEL 3 — *Vollmachten der stellvertretenden Generalsekretäre**Abschnitt 1* — Allgemeine Vollmachten

Unterabschnitt 1 — Vollmachten im Haushalts- und Finanzbereich

Art. 10 - Laufende Ausgaben in den Zuständigkeitsbereichen der stellvertretenden Generalsekretäre.

Unbeschadet Artikel 9 werden die zuständigen stellvertretenden Generalsekretäre im Rahmen der von ihnen betreuten Zuständigkeitsbereiche als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 §§ 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74 des Programms 00 des Organisationsbereichs 20 bis zum Höchstbetrag von 10.000 EUR.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

Unterabschnitt 2 — Vollmachten im Personalbereich

Art. 11 - Abwesenheit von Personalmitgliedern.

Den zuständigen stellvertretenden Generalsekretären wird gegenüber den Mitarbeitern, deren unmittelbare Vorgesetzte sie sind, Entscheidungsvollmacht erteilt über alle Arten von Abwesenheit zu befinden, einschließlich der Genehmigung von Jahresurlauben, außergewöhnlichen Arbeitszeiten und Überstunden, die keine Auswirkungen auf das finanzielle oder administrative Statut beziehungsweise auf das Vertragsverhältnis des betroffenen Personalmitglieds haben.

Art. 12 - Auslandsaufenthalte.

Den zuständigen stellvertretenden Generalsekretären wird gegenüber den Mitarbeitern, deren unmittelbare Vorgesetzte sie sind, Entscheidungsvollmacht erteilt zur Genehmigung von Auslandsaufenthalten mit Übernachtung.

Abschnitt 2 — Besondere Vollmachten**Art. 13** - Zuständigkeitsbereich Personalentwicklung.

Dem zuständigen stellvertretenden Generalsekretär, beauftragt mit der Personalentwicklung, wird Entscheidungsvollmacht für die folgenden Befugnisse des Generalsekretärs erteilt:

1. die Offenerklärung von Stellen, die Zulassungen zur Probezeit und die Ernennungen der Stufen III und IV gemäß Artikel 9 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

2. die Festlegung der Programme der Prüfungen im Wettbewerbsverfahren gemäß Artikel 14 Absatz 2 desselben Erlasses;

3. den Beschluss zur Bildung einer Anwerbungsreserve und die Festlegung ihrer Gültigkeitsdauer gemäß Artikel 14 Absatz 3 desselben Erlasses;

4. die Festlegung von spezifischen Anwerbungsbedingungen gemäß Artikel 15 § 1 desselben Erlasses;

5. das Ergreifen von Maßnahmen zur Integration der Anwärter und zur Ausbildung der Anwärter oder Beamten gemäß Artikel 24 Absatz 1 desselben Erlasses;

6. den Empfang der Stellungnahme gemäß Artikel 28 desselben Erlasses;

7. den Empfang der Berichte und des Endberichts gemäß Artikel 29 desselben Erlasses;

8. den Vorsitz des Widerspruchsausschusses gemäß Artikel 32 Absatz 1 desselben Erlasses;

9. die Bestimmung der weiteren Form des Bewertungsberichts gemäß Artikel 38 § 2 Absatz 3 desselben Erlasses;

10. die Bestimmung der weiteren Form des Erkennungsberichts gemäß Artikel 39 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses;

11. die Bekanntmachung der vom Direktionsrat bestimmten unmittelbaren Vorgesetzten gemäß Artikel 39 § 1 Absatz 3 desselben Erlasses;

12. die Bewertung der Beamten gemäß Artikel 39 § 2 desselben Erlasses;

13. die Erstellung des Erkenntnisberichtes gemäß Artikel 41 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses;

14. die Festlegung der Programme der Aufstiegsprüfungen gemäß Artikel 62 Absatz 2 desselben Erlasses;

15. die Anweisung zur Bereitschaft außerhalb der vorgeschriebenen Dienstzeit gemäß Artikel 87.1 desselben Erlasses;

16. die Gewährung einer Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben gemäß Artikel 87.2 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses;

17. die Streichung derselben Zulage gemäß Artikel 87.3 Absatz 2 desselben Erlasses;
18. den Empfang der Mitteilung über zusätzliche berufliche Aktivitäten im öffentlich-rechtlichen Bereich und den Vorschlag der Untersagung dieser Tätigkeit gemäß Artikel 89 § 2 desselben Erlasses;
19. die Vorlage zur Stellungnahme des Antrags über zusätzliche berufliche Aktivitäten im privatwirtschaftlichen Bereich gemäß Artikel 89 § 3 Absatz 2 desselben Erlasses;
20. die Entscheidung, in welchem Dienst des Ministeriums der Beamte tätig ist gemäß Artikel 91;
21. sofern nicht anders geregelt, die Gewährung der Urlaube, Dienstbefreiungen und sonstigen Abwesenheiten gemäß Artikel 104 desselben Erlasses;
22. den Empfang der schriftlichen Anfragen für gewisse Urlaube gemäß Artikel 117 Absatz 2 desselben Erlasses;
23. die Entscheidung über dieselben Anfragen gemäß Artikel 117 Absatz 3 desselben Erlasses;
24. den Empfang der Anträge für Urlaube aus persönlichen Gründen, die entsprechenden Entscheidungen und gegebenenfalls ihre Begründungen gemäß Artikel 120 desselben Erlasses;
25. den Empfang der Bescheinigungen im Rahmen des postnatalen Mutterschaftsurlaubs gemäß Artikel 125.1 Absatz 2 desselben Erlasses;
26. die Genehmigung der Verschiebung von mehr als 10 Urlaubstagen auf das nächste Kalenderjahr gemäß Artikel 126 Absatz 2 desselben Erlasses;
27. den Empfang der Anfrage auf einen Vaterschaftsurlaub gemäß Artikel 132 § 2 Absatz 2 und § 3 Absatz 2 desselben Erlasses;
28. die Entscheidung über eine Verringerung der Arbeitszeit gemäß Artikel 137 Absatz 3 desselben Erlasses;
29. den Empfang der Benachrichtigung, dass ein Personalmitglied im Krankheitsfall den Dienst wieder halbtägig aufnehmen kann gemäß Artikel 154 Absatz 1 desselben Erlasses;
30. den Empfang der Benachrichtigung des zuständigen Kontrollbeamten gemäß Artikel 155 Absatz 2 desselben Erlasses;
31. die Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung gemäß Artikel 158 desselben Erlasses;
32. den Empfang der Entscheidung des Fachbereichsleiters über eine Aus- und Weiterbildung, die Entscheidung über Einsprüche und die anschließende Information des Direktionsrates gemäß Artikel 160 Absatz 1 und 3 desselben Erlasses;
33. die Gewährung eines Bildungsurlaubs und den Empfang der entsprechenden Anträge gemäß Artikel 168 desselben Erlasses;
34. den Empfang der Mitteilung der Beamten über den Abbruch der Ausbildung beziehungsweise das nicht fristgerechte Einreichen der Lektion im Fernunterricht sowie die Möglichkeit, Informationen über die Teilnahme am Ausbildungsgang einzuholen gemäß Artikel 169 §§ 3 und 5 desselben Erlasses;
35. die Aussetzung des Bildungsurlaubs gemäß Artikel 171 Absatz 1 desselben Erlasses;
36. die Stellungnahme zur Erteilung eines außergewöhnlichen Auftrags eines Beamten gemäß Artikel 172 Absatz 1 desselben Erlasses;
37. den Empfang der Mitteilung des Beamten, dass er sich für den Auftrag einer anderen inländischen oder internationalen Behörde bewirbt gemäß Artikel 173 desselben Erlasses;
38. die Gewährung von Ausnahmen in Bezug auf die Dauer der Dienstbefreiung für einen Auftrag gemäß Artikel 174 desselben Erlasses;
39. die Stellungnahme zur Erteilung einer Dienstbefreiung zur Ausübung eines Auftrags gemäß Artikel 175 Absatz 2 desselben Erlasses;
40. den Vorschlag einer Disziplinarstrafe für einen Fachbereichsleiter gemäß Artikel 201 Absatz 1 desselben Erlasses;
41. den Empfang des Antrags des Beamten auf Entlassung aus dem Amt gemäß Artikel 217 Absatz 1 desselben Erlasses;
42. die Funktion des Ausbildungsdirektors und die Möglichkeit zur Bestellung eines beauftragten Beamten gemäß Artikel 221 desselben Erlasses;
43. die Einstellungen unter Gehaltstabellen der Stufen IV und III gemäß Artikel 3 § 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses.

Art. 14 - Zuständigkeitsbereich Qualitätsmanagement.

Dem zuständigen stellvertretenden Generalsekretär, beauftragt mit dem Qualitätsmanagement, wird Entscheidungsvollmacht für die folgenden Befugnisse des Generalsekretärs erteilt:

1. die Ausübung der Zuständigkeiten des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 1 § 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten;
2. den Empfang und die Entscheidung über Anträge auf Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten gemäß Artikel 4 § 3 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten;
3. den Empfang und die Entscheidung über Anträge auf Weiterverwendung öffentlicher Dokumente gemäß Artikel 8 des Dekrets vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente.

KAPITEL 4 — Vollmachten der Fachbereichsleiter

Abschnitt 1 — Allgemeine Vollmachten

Unterabschnitt 1 — Vollmachten im Haushalts- und Finanzbereich

Art. 15 - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis.

Unbeschadet Artikel 7 werden die zuständigen Fachbereichsleiter als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 §§ 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Zuweisungen des Haushalts, die ihrem Fachbereich zugeordnet sind.

Art. 16 - Laufende Ausgaben in den Fachbereichen.

§ 1 - Unbeschadet Artikel 9 werden die zuständigen Fachbereichsleiter als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 §§ 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74 bis zum Höchstbetrag von 10.000 EUR.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

§ 2 - In Abweichung zu § 1 wird in den Fällen, in denen ein Fachbereichsleiter gleichzeitig als Rechnungspflichtiger gemäß Artikel 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestellt wurde, ausschließlich der Generalsekretär als bevollmächtigter Anweisungsbefugter für den betroffenen Fachbereich bestellt.

Art. 17 - Vergabe von Subventionen.

Soweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt, werden die zuständigen Fachbereichsleiter als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 §§ 2 bis 4 der Haushaltsordnung bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Gewährung von Subventionen bis zum Höchstbetrag von 5.000 EUR.

*Unterabschnitt 2 — Vollmachten im Personalbereich***Art. 18 - Abwesenheit von Personalmitgliedern.**

Unbeschadet der Zuständigkeiten im Personalbereich des Generalsekretärs aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird den zuständigen Fachbereichsleitern Entscheidungsvollmacht erteilt über alle Arten von Abwesenheit zu befinden, einschließlich der Genehmigung von Jahresurlauben, außergewöhnlichen Arbeitszeiten und Überstunden, die keine Auswirkungen auf das finanzielle oder administrative Statut beziehungsweise auf das Vertragsverhältnis des betroffenen Personalmitglieds haben.

Art. 19 - Auslandsaufenthalte.

Den zuständigen Fachbereichsleitern wird Entscheidungsvollmacht erteilt zur Genehmigung von Auslandsaufenthalten mit Übernachtung.

*Abschnitt 2 — Besondere Vollmachten***Art. 20 - Fachbereich Ausbildung und Unterrichtsorganisation.**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Ausbildung und Unterrichtsorganisation zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Abweichungen und Freistellungen im Rahmen der Artikel 56 bis 60 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 7 § 3 des Königlichen Erlasses vom 3. November 1987 zur allgemeinen Regelung des Hochschulstudiums mit vollem Lehrplan vorgesehene Erlaubnis zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 11 § 2 desselben Königlichen Erlasses vorgesehene Abweichung zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Gesetzes vom 19. März 1971 über die Gleichwertigkeit ausländischer Diplome und Zeugnisse und über die Gleichstellung von ausländischen Studiennachweisen zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in den Artikeln 8 bis 11 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009 vorgesehene Vergabe von Konformitätsbescheinigungen zu befinden.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen, über die Beschwerden bezüglich der abgewiesenen Anträge oder des Betrags der gewährten Beihilfe zu befinden.

Art. 21 - Fachbereich Beschäftigung.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Beschäftigung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 24 Absatz 1 Nummer 1 des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die Berufsausbildung und -umschulung erhalten vorgesehene Sonderprämie zu befinden, mit Ausnahme der Erhöhung dieser Sonderprämie in besonderen Härtefällen.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, über die Beschäftigungs- und Arbeitserlaubnisse zu befinden mit Ausnahme der dort vorgesehenen ministeriellen Derogationsmöglichkeiten.

Art. 22 - Fachbereich Gesundheit, Familie und Senioren.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Gesundheit, Familie und Senioren zuständigen Fachbereichsleiter wird Vollmacht erteilt zur Unterzeichnung der für die Steuerverwaltung bestimmten Bescheinigung in Anwendung von Artikel 113 § 1 Nummer 3^o des Einkommenssteuergesetzbuches 1992 zur Absetzbarkeit der Betreuungskosten von Kindern unter 12 Jahren.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Diplomabweichungen zu befinden, die in folgenden Bestimmungen vorgesehenen sind:

1. Artikel 13, 34 und 60 des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2007 zur Kinderbetreuung;

2. Artikel 7 des Dekretes vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Anerkennung der in Artikel 63 des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2007 zur Kinderbetreuung vorgesehenen selbständigen Tagesmütter beziehungsweise -väter zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Anwendung von Artikel 8 des Dekretes vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über psychiatrische Pflegewohnheime beantragte Erlaubnis zur Aufnahme anderer Altersgruppen zu befinden.

Art. 23 - Fachbereich Finanzen und Haushalt.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Finanzen und Haushalt zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für:

1. die tägliche Führung und Verwaltung von Konten bei Finanzinstituten, einschließlich der Eröffnung und Schließung von Konten, der Erteilung von Vollmachten, der Abwicklung von Domizilierungsanträgen, des Einlösen von Schecks;

2. die Genehmigung der aufgestellten Abrechnungen in Bezug auf die in Rechnung gestellten Soll- und Habenzinsen sowie auf verschiedenen Kosten und Bankprovisionen.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter ist ermächtigt, alle Rechtsakte zu unterzeichnen im Zusammenhang mit Anleihen, Leasingverfahren und Anlagen, im Zusammenhang mit Garantieerklärungen und im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf von Liegenschaften, die je nach Fall von der Regierung oder von dem für den Haushalt zuständigen Minister beschlossen wurden.

Art. 24 - Fachbereich Infrastruktur.

§ 1 - In Abweichung zu dem in Artikel 16 erwähnten Höchstbetrag wird dem für den Fachbereich Infrastruktur zuständigen Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen der Gesetzgebung über öffentliche Aufträge und der einschlägigen Vorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft über alle Aufträge für Unterhalts- und Umbauarbeiten zu befinden, deren Kosten 30.000 EUR nicht überschreiten.

Die Vollmacht schließt alle Rechtshandlungen ein, die für die Vergabe des Auftrags und seine Ausführung im Rahmen der oben erwähnten Vorschriften erforderlich oder möglich sind. Die genannte Vollmacht gilt ebenfalls für den Abschluss und die Durchführung von Verträgen mit Verteilergesellschaften sowie für Verträge zum Unterhalt, zur Überprüfung und zur Regulierung von Heizungs-, Belüftungs-, Sicherheits- und Elektroinstallationen.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Vollmacht zur Bezeichnung des Sicherheitskoordinators auf zeitweilig begrenzten und ortsveränderlichen Baustellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft erteilt.

§ 3 - In Abweichung zu dem in Artikel 17 erwähnten Höchstbetrag wird demselben Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt für die Gewährung von Subventionen für die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusste Infrastruktur bis zum Höchstbetrag von 30.000 EUR, insoweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt.

Art. 25 - Fachbereich Jugendhilfe.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Jugendhilfe zuständigen Fachbereichsleiter wird in Anwendung des Dekretes vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen Entscheidungsvollmacht erteilt für:

1. die Rückerstattung der Kosten von Maßnahmen die in Anwendung von Artikel 18 des Dekretes durch natürliche oder juristische Personen, die ihren Sitz außerhalb des deutschen Sprachgebietes haben, durchgeführt werden;

2. die Genehmigung der Weiterführung der Hilfestellung bei Erreichen der Volljährigkeit in Anwendung von Artikel 21 des Dekretes.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz Entscheidungsvollmacht erteilt für:

1. das Befinden über die in Artikel 23 des Erlasses vorgesehene Anerkennung einer Pflegerschaftsfamilie;

2. das Befinden über die Aussetzung und den Entzug der Anerkennung einer natürlichen Person in Anwendung von Artikel 32 des Erlasses;

3. die Vergabe der in Artikel 43 des Erlasses erwähnten Lebenshaltungskosten;

4. die Vergabe der in Artikel 44 des Erlasses erwähnten Unterstützung für kulturelle, sportliche und schulische Aktivitäten;

5. die Vergabe der in Artikel 46 und 48 des Erlasses erwähnten Sonderauslagen;

6. die Vergabe des in Artikel 47 des Erlasses erwähnten Pflegegeldes.

Art. 26 - Fachbereich Kultur, Jugend und Erwachsenenbildung.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Kultur, Jugend und Erwachsenenbildung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der im Rahmen der Subventionen zur Kulturförderung zu vergebenden Zuschüsse für Auftritte im Auftrag sowie für Auslandsfahrten der eingestuften Amateurkunstvereinigungen und Kammermusikensembles gegebenenfalls in Ausführung der diesbezüglichen Vorschriften.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt im Rahmen der vom zuständigen Minister festgelegten Anzahl über die Annehmbarkeit zur Bezuschussung und die annehmbaren Dienstjahre der von den Organisationen vorgeschlagenen Personalmitglieder zu befinden in Ausführung des Erlasses der Exekutive vom 6. Juli 1992 zur Ausführung des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, Kreativen Ateliers, Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der Zuschüsse an Jugendorganisationen und Ferienlager.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der Zuschüsse für die Teilnahme an Weiterbildungen im Bereich Volks- und Erwachsenenbildung sowie im Bereich Jugend gegebenenfalls in Ausführung der diesbezüglichen Vorschriften.

Art. 27 - Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei.

Der für den Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei zuständige Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, die Korrespondenz in Bezug auf die Überprüfung der Beschlüsse, Akten- und Informationsanfragen, Erinnerungsschreiben sowie Übermittlungsschreiben im Namen des für die lokalen Behörden zuständigen Ministers zu unterzeichnen.

Art. 28 - Fachbereich Pädagogik.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Pädagogik zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Unterrichtsbefreiung im Rahmen des Artikels 63 Absatz 1 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 8 des Erlasses der Regierung vom 20. Juli 1994 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie die Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss vorgesehene Prüfungsbefreiung zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in den Artikeln 14 und 16 desselben Erlasses vorgesehene Eingliederung der einzelnen Fächer in die Prüfungsteile zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 23 des Erlasses der Regierung vom 13. Juni 1997 zur Festlegung der Bedingungen für die Verleihung des Brevets in Krankenpflege vorgesehene Prüfungsbefreiung zu befinden.

Art. 29 - Fachbereich Soziales.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Soziales zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der in Artikel 14 des Dekretes vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und Öffentlichen Sozialhilfzentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft festgelegten Sozialhilfedotation.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, die Korrespondenz in Bezug auf die Überprüfung der Beschlüsse, Akten- und Informationsanfragen, Erinnerungsschreiben sowie Übermittlungsschreiben im Namen des für die Öffentlichen Sozialhilfzentren zuständigen Ministers zu unterzeichnen.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt zur Bestätigung der Gesetzeskonformität der in Anwendung von Artikel 111 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfzentren im Rahmen der Übersichtsliste übermittelten Beschlüsse und der in Anwendung von Artikel 112 angeforderten Beschlüsse.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der in Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 4. August 2005 über den Entschuldungsfonds erwähnten Zuwendung.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die im Rahmen von Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich vorgesehenen Diplomabweichungen zu befinden.

Art. 30 - Fachbereich Sport, Medien und Tourismus.

Dem für den Fachbereich Sport, Medien und Tourismus zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt über die Anerkennung der Ferienwohnungen in Ausführung von insbesondere Artikel 2 des Dekretes vom 23. November 1992 zu befinden.

Art. 31 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Bezeichnungen im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 16 und 19bis des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene zeitweilige Bezeichnung der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals und des psychologischen und sozialen Personals zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 4 und 7bis des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene zeitweilige Bezeichnung zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 12 und 15bis des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste vorgesehene zeitweilige Bezeichnung zu befinden.

Art. 32 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Zulassung zur Probezeit im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 20 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht vorgesehene Zulassung zur Probezeit zu befinden.

Art. 33 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Versetzungen im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 17 und Artikel 26 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Februar 1991 zur Festlegung der Prioritäten und Modalitäten, die zu beachten sind bei den Versetzungen der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene Versetzung zu befinden.

Art. 34 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Nationalitätsabweichungen.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 16 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a), Artikel 39 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a), 91^{quater} Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a), Artikel 101 Absatz 1 Nummer 1, Artikel 102 Absatz 1 Nummer 1, Artikel 108 Nummer 1 Artikel 109 Nummern. 1 und 121^{ter} Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-,

Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 12 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 4 § 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und Artikel 22^{sexies} Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 12 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und Artikel 30 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 49 § 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 62.3 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und 69.2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 37 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 56.2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 64.2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und Artikel 64.13 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren vorgesehene Abweichung zu befinden.

Art. 35 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Diplomabweichungen.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 19 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene Diplomabweichung zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Diplomabweichung zu befinden.

Art. 36 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Sprachabweichung.

Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 25 § 1 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen vorgesehene Erlaubnis der Sprachabweichung zu befinden.

Art. 37 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Genehmigung von Urlauben, Abwesenheiten und Zurdispositionstellungen.

§ 1 - Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Urlaubsformen zu befinden:

1. den in Artikel 8 des Gesetzes vom 21. März 1964 über schulärztliche Untersuchungen angeführten Urlaub;
2. die in Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonal der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalunterricht erwähnten Urlaube, mit Ausnahme von Artikel 3 Absatz 3 Buchstaben *c*), *g*) und *k*);
3. die in Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben *b*) und *c*) und Artikel 22 des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967 ergangen in Anwendung von Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht erwähnten Urlaube;
4. die in Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes angeführten Urlaube, mit Ausnahme von Artikel 160 Absatz 3 Buchstaben *c*), *g*), *j*), *l*) und *n*);
5. die in Artikel 40 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Urlaube, mit Ausnahme von Artikel 40 Absatz 2 Buchstaben *c*), *g*) und *k*);
6. die in Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben *b*) und *c*), 12, 13 und 27 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes erwähnten Urlaube;

7. den im Königlichen Erlass vom 2. April 1975 über den Urlaub, der gewissen Personalmitgliedern des öffentlichen Dienstes gewährt wird für bestimmte Tätigkeiten bei anerkannten politischen Gruppierungen der nationalen, gemeinschaftlichen oder regionalen gesetzgebenden Versammlungen oder beim Präsidenten dieser Gruppierungen, angeführten Urlaub;

8. die im Königlichen Erlass vom 8. Juli 1976 ergangen in Anwendung des Artikels 40 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Urlaube;

9. die in Artikel 169 und 170 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste erwähnten Urlaube, mit Ausnahme von Artikel 169 § 1 Nummer 4, Nummer 8, Nummer 10, Nummer 14 und Artikel 170 Nummer 4;

10. die in Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben *b)* und *c)*, 12, 27 und 31 des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 bezüglich der Ferien und Urlaube zugunsten der definitiv ernannten Personalmitglieder, der auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder sowie der Praktikanten des technischen Personals der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren und der Inspektionsdienste angeführten Urlaube;

11. den in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub für verringerte Dienstleistungen, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als vierzehn Jahre sind, und betreffend die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand erwähnten Urlaub;

12. die in Artikel 3, *3bis*, 4, *4bis*, *4ter* und *4quater* des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Urlaube;

13. die in Artikel 25 und 33 des Dekretes vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 angeführten Urlaube;

14. den in Artikel 5.45 § 2 des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule angeführten Urlaub;

15. den in Artikel 79 des Dekretes vom 25. Juni 2007 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2007 angeführten Urlaub.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Zurdispositionstellungen zu befinden:

1. die in Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonal der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht erwähnten Zurdispositionstellungen, mit Ausnahme von Artikel 7 Buchstabe *c)*;

2. die in Artikel 164 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes angeführten Zurdispositionstellungen, mit Ausnahme von Artikel 164 Absatz 1 Buchstabe *c)*;

3. die in Artikel 45 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Zurdispositionstellungen, mit Ausnahme von Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe *b)*;

4. die in Artikel 174 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste erwähnten Zurdispositionstellungen, mit Ausnahme von Artikel 174 Absatz 1 Buchstabe *c)*;

5. die in Artikel 8, 10 und 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Zurdispositionstellungen;

6. die in Artikel 5.47 Absatz 1 Nummer 4 und Nummer 5 des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule angeführten Zurdispositionstellungen.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Gemeinschaftsunterrichtswesen gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Versetzungen in den nichtaktiven Dienst zu befinden:

1. die in Artikel 4 Buchstaben *a)* und *c)* des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalunterricht erwähnten Abwesenheiten;

2. die in Artikel 161 Buchstaben *a)* und *d)* des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes angeführten Abwesenheiten;

3. die in Artikel 42 Buchstabe *a)* des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnte Abwesenheit;

4. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1976 bezüglich der Abwesenheit längerer Dauer aus familienbedingten Gründen erwähnte Abwesenheit.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im subventionierten Unterrichtswesen über nachfolgende Genehmigungen von Urlaubsformen zu befinden:

1. die in Artikel 31 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung erwähnte Genehmigung;
2. die in Artikel 8 des Gesetzes vom 21. März 1964 über schulärztliche Untersuchungen erwähnte Genehmigung;
3. die in Artikel 23 und 30 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes erwähnten Genehmigungen;
4. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 über die Abwesenheiten längerer Dauer aus familienbedingten Gründen der subventionierten Personalmitglieder erwähnte Genehmigung;
5. die in Artikel 2 und 3 des Königlichen Erlasses vom 16. Dezember 1981 bezüglich des Gewerkschaftsurlaubs im subventionierten Unterrichtswesen vorgesehene Genehmigung;
6. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 16. Dezember 1981 bezüglich des Gewerkschaftsurlaubs in den subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren und Ämtern für schulische und berufliche Orientierung vorgesehene Genehmigung;
7. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nummer 74 vom 20. Juli 1982 bezüglich der Urlaube für verringerte Dienstleistungen aus persönlichen Gründen oder aus sozialen und familienbedingten Gründen zugunsten der Personalmitglieder des subventionierten Unterrichtswesens erwähnte Genehmigung;
8. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nummer 75 vom 20. Juli 1982 bezüglich der Urlaube für verringerte Dienstleistungen aus persönlichen Gründen zugunsten der Personalmitglieder der subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren erwähnte Genehmigung;
9. die in Artikel 1 des Königlichen Erlasses Nummer 94 vom 28. September 1982 bezüglich der Urlaube für verringerte Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen oder aus persönlichen Gründen vorgesehene Genehmigung;
10. die in Artikel 2 des Erlasses der Exekutive vom 23. August 1989 bezüglich des Urlaubs für reduzierte Dienstleistungen, der den Personalmitgliedern des subventionierten Unterrichtswesens und der subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, die das 50. Lebensjahr erreicht oder aber mindestens zwei Kinder zu Lasten haben, die nicht älter als 14 Jahre sind, und bezüglich der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Alterspension erwähnte Genehmigung;
11. die in Artikel 6 § 1 Absatz 1, § 2 Absatz 1, § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 des Erlasses der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren erwähnten Genehmigungen;
12. die in Artikel 74 Absatz 3 und 77 § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums vorgesehene Genehmigung;
13. die in Artikel 72 § 2 Absatz 2 und 75 § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren vorgesehene Genehmigung;
14. die in Artikel 25 und 33 des Dekretes vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 erwähnten Genehmigungen;
15. die in Artikel 79 des Dekretes vom 25. Juni 2007 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2007 erwähnte Genehmigung.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im subventionierten Unterrichtswesen über nachfolgende Genehmigungen von Zurdispositionstellungen zu befinden:

1. die in Artikel 31 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung angeführte Genehmigung;
2. die in Artikel 2 § 5 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen angeführte Genehmigung;
3. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nummer 76 vom 20. Juli 1982 bezüglich der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen der Personalmitglieder des subventionierten Unterrichtswesens angeführte Genehmigung;
4. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nummer 136 vom 30. Dezember 1982 bezüglich der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen der Personalmitglieder der subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführte Genehmigung;
5. die in Artikel 8 § 1 Absatz 1, Artikel 10 § 1 Absatz 1 und Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführte Genehmigung;
6. die in Artikel 78 § 1 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums vorgesehene Genehmigung;
7. die in Artikel 76 § 1 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren vorgesehene Genehmigung.

KAPITEL 5 — *Vollmachten der Leiter bestimmter Dienste mit getrennter Geschäftsführung*

Abschnitt 1 — Anwendungsbereich

Art. 38 - Anwendungsbereich.

Das vorliegende Kapitel ist anwendbar auf die Leiter der folgenden Dienste mit getrennter Geschäftsführung:

1. DgG "Gemeinschaftszentren"

2. DgG "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft"

Abschnitt 2 — Allgemeine Vollmachten

Unterabschnitt 1 — Vollmachten im Haushalts- und Finanzbereich

Art. 39 - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis.

Unbeschadet Artikel 7 werden die zuständigen Leiter der Dienste mit getrennter Geschäftsführung als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 §§ 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für den Ausgabenhaushalt der jeweiligen Dienste.

Art. 40 - Laufende Ausgaben in den Diensten mit getrennter Geschäftsführung.

- Unbeschadet Artikel 9 § 1 werden die zuständigen Leiter der Dienste mit getrennter Geschäftsführung als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung, die Feststellung der Ausgaben sowie die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 §§ 2 bis 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für alle im Ausgabenhaushalt der jeweiligen Dienste vorgesehenen Ausgaben bis zum Höchstbetrag von 10.000 EUR.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

Unterabschnitt 2 — Vollmachten im Personalbereich

Art. 41 - Abwesenheit von Personalmitgliedern.

Unbeschadet der Zuständigkeiten im Personalbereich des Generalsekretärs aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird den zuständigen Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung Entscheidungsvollmacht erteilt über alle Arten von Abwesenheit zu befinden, einschließlich der Genehmigung von Jahresurlauben, außergewöhnlichen Arbeitszeiten und Überstunden, die keine Auswirkungen auf das finanzielle oder administrative Statut beziehungsweise auf das Vertragsverhältnis des betroffenen Personalmitglieds haben.

Art. 42 - Auslandsaufenthalte.

Den zuständigen Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung wird Entscheidungsvollmacht erteilt zur Genehmigung von Auslandsaufenthalten mit Übernachtung.

*Abschnitt 3 — Besondere Vollmachten***Art. 43** - Gemeinschaftszentren - Ausgaben.

In Abweichung zu dem in Artikel 40 genannten Höchstbetrag wird dem zuständigen Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" im Rahmen des Ausgabenhaushalts des Dienstes Vollmacht erteilt für alle Entscheidungen, die Ausgaben bis zu 25.000 EUR nach sich ziehen.

Art. 44 - Gemeinschaftszentren - Abschluss von Arbeitsverträgen.

Dem zuständigen Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" wird Vollmacht erteilt, im Einklang mit der geltenden Gesetzgebung Arbeitsverträge abzuschließen und zu beenden, die eine Dauer von zwölf Monaten nicht überschreiten. Die Vollmacht ermöglicht nicht die Verlängerung eines solchen Vertrages durch den Bevollmächtigten.

Die Vertragsunterlagen werden unverzüglich dem für das Personal zuständigen Minister, dem für das Zentrum zuständigen Minister sowie dem stellvertretenden Generalsekretär, beauftragt mit der Personalentwicklung, übermittelt.

KAPITEL 6 — *Aufhebung, Inkrafttreten und Schlussbestimmungen***Art. 45** - Aufhebungsbestimmung.

Der Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2000 über die Erteilung bestimmter Vollmachten an Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird aufgehoben.

Art. 46 - Inkrafttreten.

Vorliegender Erlass tritt am 1. September 2012 in Kraft.

Art. 47 - Schlussbestimmung.

Die Minister sind, jeder in seinem Bereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 19. Juli 2012

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus

Frau I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2012 — 3038

[2012/205003]

19 JUILLET 2012. — Arrêté du Gouvernement portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 51, modifié par la loi du 16 juillet 1993;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, article 23;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, articles 10 et 12;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2000 portant délégation de certains pouvoirs à des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 16 juillet 2012;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel, de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}.** Portée des délégations.

Les supérieurs hiérarchiques statutaires d'un membre du personnel délégué peuvent exercer eux-mêmes les délégations, sans toutefois pouvoir substituer leur décision à celle prise par le membre du personnel délégué et notifiée à l'intéressé.

Sous réserve de dispositions spécifiques, les délégations données au secrétaire général se rapportent à toutes les matières ressortissant au Ministère. La délégation de pouvoirs intervient sans préjudice de l'autorité globale du secrétaire général exercée conformément à l'article 10, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents.

Art. 2. Absence ou empêchement du membre du personnel délégué.

En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au secrétaire général sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par un secrétaire général suppléant qu'il désigne.

En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au secrétaire général suppléant sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par le membre du personnel que le conseil de direction désigne.

En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au chef de département sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par le membre du personnel que le conseil de direction désigne.

Art. 3. Plafonds.

Les plafonds fixés dans le présent arrêté couvrent la totalité de la dépense, hors T.V.A.

Art. 4. Certification de copies.

Délégation est donnée au secrétaire général, aux secrétaires généraux suppléants compétents, aux chefs de département compétents et aux directeurs des services à gestion séparée compétents, mentionnés à l'article 38, pour certifier conformes des copies.

Art. 5. Attestations.

Délégation est donnée au secrétaire général, aux secrétaires généraux suppléants compétents, aux chefs de département compétents et aux directeurs des services à gestion séparée compétents, mentionnés à l'article 38, pour signer des attestations relatives à des faits consignés dans des dossiers.

Art. 6. Délégation de signature.

Pour l'exécution de décisions ministérielles, le secrétaire général, les secrétaires généraux suppléants compétents, les chefs de département compétents et les directeurs des services à gestion séparée compétents, mentionnés à l'article 38, peuvent, suivant les instructions du ministre compétent, signer au nom de celui-ci des communications adressées aux intéressés.

CHAPITRE 2. — *Délégations données au secrétaire général***Art. 7.** Délégation de la compétence générale d'ordonnement.

En ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, §§ 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour toutes les allocations de base du budget des dépenses de la Communauté germanophone.

Art. 8. Ordonnement des paiements.

En ce qui concerne l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, §§ 2 et 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour toutes les dépenses exécutées par l'ordonnateur, les ordonnateurs délégués ou subdélégués.

Art. 9. Frais de fonctionnement du Ministère, dépenses courantes et octroi de subventions.

§ 1^{er}. En ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, la liquidation des dépenses et l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, §§ 2 à 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour :

1° toutes les dépenses effectuées dans le cadre de la Division organique "Ministère de la Communauté germanophone", Programme "Frais de fonctionnement" et concernant les allocations de base 12 et 74;

2° toutes les autres dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant les allocations de base 12 et 74 et ne dépassant pas 10.000 euros;

3° l'octroi de subventions ne dépassant pas 5.000 euros, à condition qu'il s'agisse de décisions conditionnelles sans marge de manœuvre.

La délégation donnée par le premier alinéa vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

§ 2. Le Gouvernement désigne un acheteur du Ministère comme ordonnateur subdélégué.

L'acheteur du Ministère est délégué pour les engagements budgétaires et juridiques conformément à l'article 24, §§ 2 et 3, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, en ce qui concerne les allocations de base mentionnées au § 1^{er}, et ce à concurrence d'un montant de 500 euros.

CHAPITRE 2. — Délégations données au secrétaires généraux suppléants

Section 1^{re}. — Délégations générales

Sous-section 1^{re}. — Délégations en matière de budget et de finances

Art. 10. Dépenses courantes du ressort des secrétaires généraux suppléants.

Sans préjudice de l'article 9 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, §§ 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les secrétaires généraux suppléants compétents sont, dans le cadre des domaines de compétence qui leur sont confiés, désignés comme ordonnateurs délégués pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant les allocations de base 12 et 74 du programme 00 de la division organique 20 et ne dépassant pas 10.000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

Sous-section 2. — Délégations en matière de personnel

Art. 11. Absence de membres du personnel.

Délégation est donnée aux secrétaires généraux suppléants compétents pour statuer, vis-à-vis des membres du personnel dont ils sont les supérieurs hiérarchiques immédiats, sur tous les types d'absence n'ayant aucun effet sur le statut pécuniaire ou administratif voire sur l'engagement du membre du personnel concerné, y compris l'approbation de congés annuels, de temps de travail exceptionnels et d'heures supplémentaires.

Art. 12. Séjours à l'étranger.

Délégation est donnée aux secrétaires généraux suppléants compétents pour approuver des séjours à l'étranger avec nuitées sollicités par les membres du personnel dont ils sont les supérieurs hiérarchiques immédiats.

Section 2. — Délégations spéciales

Art. 13. Développement du personnel.

Délégation est donnée au secrétaire général suppléant compétent, chargé du développement du personnel, en ce qui concerne les compétences suivantes du secrétaire général :

1° déclarer des emplois vacants, admettre au stage et procéder aux nominations pour les niveaux III et IV, conformément à l'article 9 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

2° établir le programme pour les concours de recrutement, conformément à l'article 14, alinéa 2, du même arrêté;

3° décider de constituer une réserve de recrutement et en fixer la durée de validité, conformément à l'article 14, alinéa 3, du même arrêté;

4° fixer des conditions spécifiques de recrutement, conformément à l'article 15, § 1^{er}, du même arrêté;

5° déterminer des mesures pour l'intégration des stagiaires et pour la formation des stagiaires ou des agents, conformément à l'article 24, alinéa 1^{er}, du même arrêté;

6° réceptionner les avis, conformément à l'article 28 du même arrêté;

7° réceptionner les rapports et le rapport final, conformément à l'article 29 du même arrêté;

8° assurer la présidence de la commission de recours, conformément à l'article 32, alinéa 1^{er}, du même arrêté;

9° fixer pour le surplus la forme du rapport d'évaluation, conformément à l'article 38, § 2, alinéa 3, du même arrêté;

10° fixer pour le surplus la forme du rapport préalable, conformément à l'article 39, § 2, alinéa 2, du même arrêté;

11° communiquer, conformément à l'article 39, § 1^{er}, alinéa 3, du même arrêté, le nom du supérieur hiérarchique immédiat déterminé par le conseil de direction;

12° procéder à l'évaluation des agents, conformément à l'article 39, § 2, du même arrêté;

13° établir le rapport préalable, conformément à l'article 41, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté;

14° établir le programme des concours d'accession à un niveau supérieur, conformément à l'article 62, alinéa 2, du même arrêté;

15° ordonner des permanences en dehors des heures de service imposées, conformément à l'article 87.1 du même arrêté;

16° octroyer une allocation de management, conformément à l'article 87.2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté;

17° supprimer cette même allocation, conformément à l'article 87.3, alinéa 2, du même arrêté;

18° réceptionner la communication d'une activité professionnelle complémentaire dans le secteur public et proposer d'interdire cette activité, conformément à l'article 89, § 2, du même arrêté;

19° préparer l'avis relatif à la demande introduite en vue de l'exercice d'une activité professionnelle complémentaire dans le secteur privé, conformément à l'article 89, § 3, alinéa 2, du même arrêté;

- 20° décider auprès de quel service du Ministère l'agent sera affecté, conformément à l'article 91 du même arrêté;
- 21° octroyer, sauf disposition contraire, les congés, dispenses de service et autres absences, conformément à l'article 104 du même arrêté;
- 22° réceptionner les demandes écrites relatives à certains congés, conformément à l'article 117, alinéa 2, du même arrêté;
- 23° statuer sur ces mêmes demandes, conformément à l'article 117, alinéa 3, du même arrêté;
- 24° réceptionner les demandes relatives aux congés pour convenance personnelle, prendre les décisions y relatives et les motiver le cas échéant, conformément à l'article 120 du même arrêté;
- 25° réceptionner les attestations dans le cadre du congé postnatal, conformément à l'article 125.1, alinéa 2, du même arrêté;
- 26° approuver le report de plus de 10 jours de congé à l'année civile suivante, conformément à l'article 126, alinéa 2, du même arrêté;
- 27° réceptionner les demandes relatives à un congé de paternité, conformément à l'article 132, § 2, alinéa 2, et § 3, alinéa 2, du même arrêté;
- 28° statuer sur les demandes introduites en vue de fournir des prestations réduites, conformément à l'article 137, alinéa 3, du même arrêté;
- 29° réceptionner la notification qu'un membre du personnel, en cas de maladie, peut reprendre le service à mi-temps, conformément à l'article 154, alinéa 1^{er}, du même arrêté;
- 30° réceptionner la notification de l'agent contrôleur, conformément à l'article 155, alinéa 2, du même arrêté;
- 31° imposer une formation ou formation continue, conformément à l'article 158 du même arrêté;
- 32° réceptionner la décision prise par le chef de département quant à une formation ou formation continue, statuer sur les recours et informer ensuite le conseil de direction, conformément à l'article 160, alinéas 1^{er} et 3, du même arrêté;
- 33° octroyer un congé de formation et réceptionner les demandes y afférentes, conformément à l'article 168 du même arrêté;
- 34° réceptionner l'avis que l'agent a interrompu la formation ou, pour l'enseignement à distance, n'a pas renvoyé ses leçons dans les délais impartis, et pouvoir demander des informations quant à la participation aux cours, conformément à l'article 169, §§ 3 et 5, du même arrêté;
- 35° suspendre le congé de formation, conformément à l'article 171, alinéa 1^{er}, du même arrêté;
- 36° rendre un avis quant au fait de confier une mission spéciale à un agent, conformément à l'article 172, alinéa 1^{er}, du même arrêté;
- 37° réceptionner l'information qu'un agent pose sa candidature pour une mission auprès d'une autre instance nationale ou internationale, conformément à l'article 173 du même arrêté;
- 38° octroyer des dérogations quant à la durée de la dispense de service pour mission, conformément à l'article 174 du même arrêté;
- 39° rendre un avis quant au fait d'octroyer une dispense de service pour l'exercice d'une mission spéciale, conformément à l'article 175, alinéa 2, du même arrêté;
- 40° proposer une peine disciplinaire pour un chef de département, conformément à l'article 201, alinéa 1^{er}, du même arrêté;
- 41° réceptionner la demande de démission introduite par l'agent, conformément à l'article 217, alinéa 1^{er}, du même arrêté;
- 42° exercer la fonction de directeur de la formation et pouvoir déléguer un agent, conformément à l'article 221 du même arrêté;
- 43° procéder aux engagements dans les échelles de traitement des niveaux IV et III, conformément à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public.

Art. 14. Gestion de la qualité.

Délégation est donnée au secrétaire général suppléant compétent, chargé de la gestion de la qualité, en ce qui concerne les compétences suivantes du secrétaire général :

- 1° exercer les compétences du responsable du traitement des données conformément à l'article 1^{er}, § 4, de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel;
- 2° réceptionner les demandes de publicité de documents administratifs et statuer sur celles-ci, conformément à l'article 4, § 3, du décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs;
- 3° réceptionner les demandes relatives à la réutilisation de documents du secteur public et statuer sur celles-ci, conformément à l'article 8 du décret du 18 décembre 2006 concernant la réutilisation de documents du secteur public.

CHAPITRE 4. — *Délégations données aux chefs de département*

Section 1^{re}. — Délégations générales

Sous-section 1^{re}. — Délégations en matière de budget et de finances

Art. 15. Délégation de la compétence générale d'ordonnancement.

Sans préjudice de l'article 7 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, §§ 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les chefs de département sont désignés comme ordonnateurs délégués pour les allocations de base du budget affectées à leur département.

Art. 16. Dépenses courantes dans les départements.

§ 1^{er}. Sans préjudice de l'article 9 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, §§ 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les chefs de département compétents sont désignés comme ordonnateurs délégués pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant les allocations de base 12 et 74 et ne dépassant pas 10.000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, lorsqu'un chef de département a simultanément été désigné comme comptable conformément à l'article 25 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, seul le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour ledit département.

Art. 17. Octroi de subventions.

A condition qu'il s'agisse de décisions conditionnelles sans marge de manœuvre, les chefs de département compétents sont, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, §§ 2 à 4, du règlement budgétaire de la Communauté germanophone, désignés comme ordonnateurs délégués pour l'octroi de subsides ne dépassant pas 5.000 euros.

Sous-section 2. — Délégations en matière de personnel

Art. 18. Absence de membres du personnel.

Sans préjudice des compétences exercées en matière de personnel par le secrétaire général en application de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, délégation est donnée aux chefs de département compétents pour statuer sur tous les types d'absence n'ayant aucun effet sur le statut pécuniaire ou administratif voire sur l'engagement du membre du personnel concerné, y compris l'approbation de congés annuels, de temps de travail exceptionnels et d'heures supplémentaires.

Art. 19. Séjours à l'étranger.

Délégation est donnée aux chefs de département compétents pour approuver des séjours à l'étranger avec nuitées.

Section 2. — Délégations spéciales

Art. 20. Département Formation et Organisation de l'enseignement.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Formation et Organisation de l'Enseignement pour statuer sur les dérogations et dispenses en vertu des articles 56 à 60 de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'autorisation prévue à l'article 7, § 3, de l'arrêté royal du 3 novembre 1987 portant règlement général des études dans l'enseignement supérieur de type court et de plein exercice.

§ 3. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation prévue à l'article 11, § 2, du même arrêté royal.

§ 4. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'équivalence des titres d'études étrangers en vertu de la loi du 19 mars 1971 relative à l'équivalence des diplômes étrangers et certificats d'études étrangers.

§ 5. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la délivrance d'attestations de conformité prévues aux articles 8 à 11 du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009.

§ 6. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans le cadre du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études, sur les recours relatifs au rejet de demandes ou au montant des allocations.

Art. 21. Département Emploi.

§ 1. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Emploi pour statuer sur les primes spéciales prévues à l'article 24, alinéa 1^{er}, 1^o, de l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle, sauf sur la majoration de ces primes spéciales dans des cas particulièrement graves.

§ 4. Délégation est donnée même chef de département pour statuer, dans le cadre de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, sur les autorisations d'occupation et permis de travail, sauf possibilités de dérogation ministérielle prévues.

Art. 22. Département Santé, Famille et Personnes âgées.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Santé, Famille et Personnes âgées pour signer l'attestation destinée à l'administration fiscale en application de l'article 113, § 1^{er}, 3, du code des impôts sur le revenu de 1992 en vue de déduire les frais de garde pour les enfants de moins de 12 ans.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les dérogations de diplôme prévues dans les dispositions suivantes :

1^o les articles 13, 34 et 60 de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2007 relatif à l'accueil des enfants;

2^o l'article 7 du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile et créant un bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle.

§ 3. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'agrégation comme gardienne indépendante, telle que prévue à l'article 63 de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2007 relatif à l'accueil des enfants.

§ 4. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'autorisation d'accueillir d'autres groupes d'âge demandée en application de l'article 8 du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques.

Art. 23. Département Finances et Budget.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Finances et Budget pour :

- 1° la tenue et la gestion journalière de comptes auprès d'institutions financières, y compris l'ouverture et la fermeture de comptes, l'octroi de procurations, le traitement de demandes de domiciliation, l'encaissement de chèques;
- 2° l'approbation de décomptes établis quant aux intérêts débiteurs et créditeurs portés en compte et aux divers frais et provisions bancaires.

§ 2. Le même chef de département est habilité à signer tous les actes juridiques en rapport avec les emprunts, les leasings et les investissements, avec les garanties et avec l'achat et la vente de domaines, lorsqu'ils ont été décidés par le Gouvernement ou par le Ministre compétent en matière de Budget, selon le cas.

Art. 24. Département Infrastructure.

§ 1^{er}. Par dérogation au plafond mentionné à l'article 16, délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Infrastructure pour statuer, dans le cadre de la législation en matière de marchés publics et des dispositions prises en la matière par la Communauté germanophone, sur les marchés relatifs à des travaux d'entretien et de transformation dont le coût ne dépasse pas 30.000 euros.

La délégation s'étend à tous les actes juridiques qui sont nécessaires ou possibles pour l'attribution du marché ou son exécution dans le cadre des dispositions susvisées. Ladite délégation vaut aussi pour la conclusion et l'exécution de contrats avec des sociétés de distribution ainsi que pour des contrats d'entretien, de maintenance et de régulation des installations de chauffage, d'aération, de sécurité ou électriques.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour désigner le coordinateur de sécurité sur des chantiers temporaires et mobiles de la Communauté germanophone.

§ 3. Par dérogation au plafond mentionné à l'article 17, délégation est donnée au même chef de département pour octroyer des subventions à concurrence de 30.000 euros pour l'infrastructure subsidiée par la Communauté germanophone, à condition qu'il s'agisse de décisions conditionnelles sans marge de manœuvre.

Art. 25. Département Aide à la jeunesse.

§ 1^{er}. En application du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, délégation est accordée au chef de département compétent pour le département Aide à la jeunesse :

1° pour le remboursement des frais relatifs à des mesures menées en application de l'article 18 du décret par des personnes physiques ou morales ayant leur siège en dehors de la région de langue allemande;

2° pour l'autorisation d'octroyer l'aide après la majorité en application de l'article 21 du décret.

§ 2. En application de l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009 concernant l'aide à la jeunesse et la protection de la jeunesse, délégation est donnée au même chef de département pour :

1° statuer sur l'agrément comme famille d'accueil visée à l'article 23 de l'arrêté;

2° statuer sur la suspension et au retrait de l'agrément d'une personne physique en application de l'article 32 de l'arrêté;

3° octroyer les frais de subsistance mentionnés à l'article 43 de l'arrêté;

4° octroyer l'aide au financement d'activités culturelles, sportives et scolaires mentionnée à l'article 44 de l'arrêté;

5° octroyer les dépenses extraordinaires mentionnées aux articles 46 et 48 de l'arrêté;

6° octroyer l'allocation d'entretien mentionnée à l'article 47 de l'arrêté.

Art. 26. Département Culture, Jeunesse et Formation des adultes.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Culture, Jeunesse et Formation pour octroyer les subventions qui, dans le cadre des subventions visant la promotion culturelle, sont dues en exécution des prescriptions en la matière pour des prestations sur ordre ainsi que pour des voyages à l'étranger des associations d'art amateur classées et ensembles de musique de chambre classés.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour, dans les limites du nombre fixé par le ministre compétent, statuer sur l'admissibilité aux subventions et sur les années de service admissibles des candidats proposés par les organisations, et ce en exécution de l'arrêté de l'Exécutif du 6 juillet 1992 portant exécution du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus.

§ 3. Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer les subsides aux organisations de jeunesse et aux camps de vacances.

§ 4. Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer les subventions qui, dans le secteur de la formation populaire et de la formation des adultes ainsi que dans le secteur de la jeunesse, sont dues en exécution des prescriptions en la matière pour la participation à des formations continues.

Art. 27. Département Pouvoirs locaux et Chancellerie.

Le chef de département compétent pour le département Pouvoirs locaux et Chancellerie est habilité à signer, au nom du Ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux, la correspondance relative à la vérification des décisions, les demandes de dossiers et d'informations, ainsi que les lettres de rappel et d'accompagnement.

Art. 28. Département Pédagogie.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Pédagogie pour statuer sur les dispenses de cours en vertu de l'article 63, alinéa 1^{er}, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux délégations organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation prévue à l'article 8 de l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 1994 relatif à la composition et au fonctionnement du jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire ainsi qu'à l'organisation des examens présentés devant ce jury.

§ 3. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'intégration des cours dans les épreuves, telle que prévue aux articles 14 et 16 du même arrêté.

§ 4. Dérogation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dispense d'examen prévue à l'article 23 de l'arrêté du Gouvernement du 13 juin 1997 fixant les conditions de collation du brevet en soins infirmiers.

Art. 29. Département Affaires sociales.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Affaires sociales pour octroyer la dotation d'aide sociale fixée à l'article 14 du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone.

§ 2. Le même chef de département est habilité à signer, au nom du Ministre compétent en matière de centres publics d'action sociale, la correspondance relative à la vérification des décisions, les demandes de dossiers et d'informations, ainsi que les lettres de rappel et d'accompagnement.

§ 3. Délégation est donnée au même chef de département pour confirmer la conformité à la loi des décisions transmises en application de l'article 111 de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale dans le cadre de la liste récapitulative et des décisions demandées en application de l'article 112.

§ 4. Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer l'intervention mentionnée à l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 4 août 2005 relatif au Fonds pour l'apurement de dettes.

§ 5. Dérogation est donnée au même chef de département pour statuer sur les dérogations de diplôme prévues à l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé.

Art. 30. Département Sports, Médias et Tourisme.

Dérogation est donnée au chef de département compétent pour le département Sports, Médias et Tourisme pour statuer sur la reconnaissance des habitations de vacances en application, notamment, de l'article 2 du décret du 23 novembre 1992 relatif aux habitations de vacances.

Art. 31. Département Personnel de l'enseignement - Désignations dans l'enseignement communautaire.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur la désignation à titre temporaire des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique telle que prévue aux articles 16 et 19bis de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la désignation à titre temporaire prévue aux articles 4 et 7bis de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

§ 3. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la désignation à titre temporaire prévue aux articles 12 et 15bis de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés.

Art. 32. Département Personnel de l'enseignement - Admission au stage dans l'enseignement communautaire.

Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'admission au stage prévue à l'article 20 de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat.

Art. 33. Département Personnel de l'enseignement - Mutations dans l'enseignement communautaire.

Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur la mutation prévue aux articles 17 et 26 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 27 février 1991 fixant les priorités et les modalités selon lesquelles ont lieu les mutations des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

Art. 34. Département Personnel de l'enseignement - Dérogations en matière de nationalité.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 16, alinéa 1^{er}, 1^o, a), 39, alinéa 1^{er}, 1^o, a), 101, alinéa 1^{er}, 1^o, 102, alinéa 1^{er}, 1^o, 108, 1^o, 109, 1^o, et 121ter, alinéa 1^{er}, 1^o, a), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue à l'article 12, alinéa 1^{er}, 1^o, a), de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat.

§ 3. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 4, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, a), et 22sexies, alinéa 1^{er}, 1^o, a), de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

§ 4. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 12, alinéa 1^{er}, 1^o, a), et 30, alinéa 1^{er}, 1^o, a), de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés.

§ 5. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 33, alinéa 1^{er}, 1^o, a), 49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, a), 62.3, alinéa 1^{er}, 1^o, a), et 69.2, alinéa 1^{er}, 1^o, a), du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné.

§ 6. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation prévue aux articles 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, a), 37, alinéa 1^{er}, 1^o, a), 56.2, alinéa 1^{er}, 1^o, a), 64.2, alinéa 1^{er}, 1^o, a), et 64.13, alinéa 1^{er}, 1^o, a), du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres PMS officiels subventionnés.

Art. 35. Département Personnel de l'Enseignement - Dérogations en matière de diplôme.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'Enseignement pour statuer sur la dérogation en matière de diplôme prévue à l'article 19 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'Enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de diplôme prévue à l'article 7 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'Enseignement de la Communauté germanophone.

Art. 36. Département Personnel de l'Enseignement - Dérogations en matière linguistique.

Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'Enseignement pour statuer sur la dérogation en matière linguistique prévue par l'article 25, § 1^{er}, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement.

Art. 37. Département Personnel de l'Enseignement - Approbation de congés, absences et mises en disponibilité.

§ 1^{er}. Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'Enseignement pour statuer sur l'éventuel octroi d'un des congés suivants dans l'Enseignement de la Communauté germanophone :

1^o le congé mentionné à l'article 8 de la loi du 21 mars 1964 sur l'inspection médicale scolaire;

2^o les congés mentionnés à l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, à l'exception de l'article 3, alinéa 3, c), g) et k);

3^o les congés mentionnés à l'article 7, alinéa 1^{er}, b) et c), et à l'article 22 de l'arrêté royal du 8 décembre 1967 pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

4^o les congés mentionnés à l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, à l'exception de l'article 160, alinéa 3, c), g), j), l) et n);

5^o les congés mentionnés à l'article 40 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres et professeurs de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'Enseignement de la Communauté germanophone, à l'exception de l'article 40, alinéa 2, c), g) et k);

6^o les congés mentionnés à l'article 9, alinéa 1^{er}, b) et c), et aux articles 12, 13 et 27 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

7^o le congé mentionné dans l'arrêté royal du 2 avril 1975 relatif au congé accordé à certains membres du personnel des services publics pour accomplir certaines prestations au bénéfice de groupes politiques reconnus des assemblées législatives nationales communautaires ou régionales ou au bénéfice des présidents de ces groupes;

8^o les congés mentionnés dans l'arrêté royal du 8 juillet 1976 pris en application de l'article 40 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane des établissements d'Enseignement de la Communauté germanophone;

9^o les congés mentionnés aux articles 169 et 170 de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés, à l'exception de l'article 169, § 1^{er}, 4^o, 8^o, 10^o, 14^o, et de l'article 170, 4^o;

10^o les congés mentionnés à l'article 9, alinéa 1^{er}, b) et c), et aux articles 12, 27 et 31 de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires, nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire pour une durée indéterminée du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection;

11^o le congé mentionné à l'article 2 de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'Enseignement de l'Etat et des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite;

12^o les congés mentionnés aux articles 3, 3bis, 4, 4bis, 4ter et 4quater de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'Enseignement et les centres psycho-médico-sociaux;

13° les congés mentionnés aux articles 25 et 33 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005;

14° le congé mentionné à l'article 5.45, § 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome;

15° les congés mentionnés à l'article 79 du décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement - 2007.

§ 2. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'éventuel octroi d'une des mises en disponibilité suivantes dans l'enseignement de la Communauté germanophone :

1° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 7 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, à l'exception de l'article 7, c);

2° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, à l'exception de l'article 164, alinéa 1^{er}, c);

3° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 45 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres et professeurs de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, à l'exception de l'article 45, alinéa 1^{er}, b);

4° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 174 de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés, à l'exception de l'article 174, alinéa 1^{er}, c);

5° les mises en disponibilité mentionnées aux articles 8, 10 et 10^{bis} de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux;

6° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 5.47, alinéa 1^{er}, 4° et 5°, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome.

§ 3. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'éventuel octroi d'une des mises en non-activité suivantes dans l'enseignement communautaire :

1° les absences mentionnées à l'article 4, a) et c), de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

2° les absences mentionnées à l'article 161, a) et d), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

3° l'absence mentionnée à l'article 42, a), de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone;

4° l'absence mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal du 25 novembre 1976 relatif aux absences de longue durée justifiées par des raisons familiales.

§ 4. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les autorisations de congé suivantes dans l'enseignement subventionné :

1° l'autorisation mentionnée à l'article 31 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;

2° l'autorisation mentionnée à l'article 8 de la loi du 21 mars 1964 sur l'inspection médicale scolaire;

3° les autorisations mentionnées aux articles 23 et 30 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

4° l'autorisation mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal du 15 avril 1977 relatif aux absences de longue durée justifiées par des raisons familiales, pour les membres du personnel subsidiés;

5° l'autorisation mentionnée aux articles 2 et 3 de l'arrêté royal du 16 décembre 1981 concernant le congé syndical dans l'enseignement subventionné;

6° l'autorisation mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal du 16 décembre 1981 relatif au congé syndical dans les centres psycho-médico-sociaux et offices d'orientation scolaire et professionnelle subventionnés;

7° l'autorisation mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal n° 74 du 20 juillet 1982 relatif aux congés pour prestations réduites justifiés par des raisons de convenances personnelles ou justifiés par des raisons sociales ou familiales des membres du personnel de l'enseignement subventionné;

8° l'autorisation mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal n° 75 du 20 juillet 1982 relatif aux congés pour prestations réduites justifiés par des raisons de convenances personnelles des membres du personnel de l'enseignement subventionné;

9° l'autorisation mentionnée à l'article 1^{er} de l'arrêté royal n° 94 du 28 septembre 1982 relatif aux congés pour prestations réduites justifiés par des raisons sociales ou familiales ou par des raisons de convenance personnelle;

10° l'autorisation mentionnée à l'article 2 de l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement subventionné et des centres psycho-médico-sociaux subventionnés qui ont atteint l'âge de 50 ans ou qui ont au moins deux enfants à charge qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenances personnelles précédant la pension de retraite;

11° l'autorisation mentionnée aux articles 6, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, § 2, alinéa 1^{er}, § 3, alinéa 1^{er}, et § 4, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux;

12° l'autorisation mentionnée aux articles 74, alinéa 3, et 77, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné;

13° l'autorisation mentionnée aux articles 72, § 2, alinéa 2, et 75, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés;

14° les autorisations mentionnées aux articles 25 et 33 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005;

15° l'autorisation mentionnée à l'article 79 du décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement - 2007.

§ 5. Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les autorisations de mise en disponibilité suivantes dans l'enseignement subventionné :

1° l'autorisation mentionnée à l'article 31 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;

2° l'autorisation mentionnée à l'article 2, § 5, de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné;

3° l'autorisation mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal n° 76 du 20 juillet 1982 relatif à la mise en disponibilité pour convenances personnelles des membres du personnel de l'enseignement subventionné;

4° l'autorisation mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal n° 136 du 30 décembre 1982 relatif à la mise en disponibilité pour convenances personnelles des membres du personnel des centres psycho-médico-sociaux subventionnés;

5° l'autorisation mentionnée aux articles 8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux;

6° l'autorisation mentionnée à l'article 78, § 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné;

7° l'autorisation prévue par l'article 76, § 1^{er}, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés.

CHAPITRE 5. — Délégations données aux directeurs de certains services à gestion séparée

Section 1^{re}. — Champ d'application

Art. 38. Champ d'application.

Le présent chapitre s'applique aux directeurs des services à gestion séparée suivants :

1° SGS "Centres communautaires";

2° SGS "Centre des médias de la Communauté germanophone".

Section 2. — Délégations générales

Sous-section 1^{re}. — Délégations en matière de budget et de finances

Art. 39. Délégation de la compétence générale d'ordonnement.

Sans préjudice de l'article 7 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, §§ 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les directeurs compétents pour les services à gestion séparée sont désignés comme ordonnateurs délégués pour le budget des dépenses de leur service.

Art. 40. Dépenses courantes dans les services à gestion séparée.

Sans préjudice de l'article 9 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, la liquidation des dépenses et l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, §§ 2 à 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les directeurs compétents pour les services à gestion séparée sont désignés comme ordonnateurs délégués pour toutes les dépenses prévues au budget de leur service respectif et ne dépassant pas 10.000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

Sous-section 2. — Délégations en matière de personnel

Art. 41. Absence de membres du personnel.

Sans préjudice des compétences exercées en matière de personnel par le secrétaire général en application de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, délégation est donnée aux directeurs compétents des services à gestion séparée pour statuer sur tous les types d'absence n'ayant aucun effet sur le statut pécuniaire ou administratif voire sur l'engagement du membre du personnel concerné, y compris l'approbation de congés annuels, de temps de travail exceptionnels et d'heures supplémentaires.

Art. 42. Séjours à l'étranger.

Délégation est donnée aux directeurs compétents des services à gestion séparée pour approuver des séjours à l'étranger avec nuitées.

Section 3. — Délégations spéciales

Art. 43. Centres communautaires - Dépenses.

Par dérogation au plafond mentionné à l'article 40, délégation est donnée au directeur du service à gestion séparée "Centres communautaires", dans le cadre du budget des dépenses dudit centre, pour toutes les décisions qui entraînent des dépenses ne dépassant pas 25.000 euros.

Art. 44. Centres communautaires - Conclusion de contrats de travail.

Délégation est accordée au directeur du service à gestion séparée "Centres communautaires" pour conclure et résilier, dans le respect de la législation en vigueur, des contrats de travail dont la durée n'excède pas douze mois. La délégation ne lui permet pas de prolonger un tel contrat.

Les documents relatifs au contrat sont immédiatement transmis au Ministre compétent en matière de Personnel, au Ministre compétent pour le centre ainsi qu'au secrétaire général suppléant chargé du développement du personnel.

CHAPITRE 6. — Dispositions abrogatoires, d'entrée en vigueur et finales

Art. 45. Disposition abrogatoire.

L'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2000 portant délégation de certains pouvoirs à des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone est abrogé.

Art. 46. Entrée en vigueur.

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} septembre 2012.

Art. 47. Disposition finale.

Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 19 juillet 2012.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,

O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,

Mme I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

H. MOLLERS

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2012 — 3038

[2012/205003]

19 JULI 2012. — Besluit van de Regering houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 23;

Gelet op het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, de artikelen 10 en 12;

Gelet op het besluit van de Regering van 21 december 2000 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 16 juli 2012;

Gelet op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel, Begroting en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen

Artikel 1. Draagwijdte van de delegaties.

De statutaire hiërarchische meerderen van een gemachtigd personeelslid kunnen de gedelegeerde bevoegdheden zelf uitoefenen, maar kunnen hun beslissing niet in de plaats stellen van een beslissing die het gemachtigde personeelslid heeft genomen en die aan de betrokkene is meegedeeld.

Behoudens specifieke bepalingen hebben de delegaties die aan de secretaris-generaal worden verleend betrekking op alle aangelegenheden die onder het Ministerie ressorteren. De delegatie van bevoegdheden geschiedt onverminderd de algemene beslissingsbevoegdheid van de secretaris-generaal overeenkomstig artikel 10, tweede lid, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren.

Art. 2. Afwezigheid of verhindering van het gemachtigde personeelslid.

Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van de secretaris-generaal bij diens afwezigheid of verhindering uitgeoefend door een plaatsvervangend secretaris-generaal die wordt aangewezen door de secretaris-generaal.

Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van de plaatsvervangend secretaris-generaal bij diens afwezigheid of verhindering uitgeoefend door een personeelslid dat wordt aangewezen door de directieraad.

Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van een departementshoofd bij diens afwezigheid of verhindering uitgeoefend door een personeelslid dat wordt aangewezen door de directieraad.

Art. 3. Maximumbedragen.

De in dit besluit vastgelegde maximumbedragen dekken de volledige uitgaven, exclusief btw.

Art. 4. Certificering van kopieën.

De secretaris-generaal, de bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde, in artikel 38 vermelde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer worden gemachtigd om kopieën eensluitend te verklaren.

Art. 5. Attesten.

De secretaris-generaal, de bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde, in artikel 38 vermelde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer worden gemachtigd om attesten te ondertekenen die betrekking hebben op schriftelijk vastgelegde feiten.

Art. 6. Ondertekeningsdelegatie.

In het kader van de uitvoering van ministeriële beslissingen kunnen de secretaris-generaal, de bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde, in artikel 38 vermelde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer namens de bevoegde minister, en op basis van diens instructies, mededelingen ondertekenen die aan de betrokkenen worden gericht.

HOOFDSTUK 2. — *Bevoegdheden gedelegeerd aan de secretaris-generaal*

Art. 7. Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid.

Wat de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, §§ 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor alle basisallocaties van de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 8. Betalingsopdrachten.

Wat de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, §§ 2 en 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs of de gesubdelegeerde ordonnateurs.

Art. 9. Werkingskosten van het Ministerie, lopende uitgaven en toekenning van subsidies.

§ 1. Wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen, de betaalbaarstelling van de uitgaven en de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, §§ 2 tot 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerde ordonnateur :

1° voor alle uitgaven in het kader van de organisatieafdeling "Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap", programma "Werkingskosten", en voor de basisallocaties 12 en 74;

2° voor alle andere uitgaven bepaald in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap voor de basisallocaties 12 en 74 tot 10.000 euro;

3° voor de toekenning van subsidies tot 5.000 euro, voor zover het om gebonden beslissingen zonder beoordelingsruimte gaat.

De delegatie vermeld in het eerste lid geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

§ 2. De Regering wijst een inkoper van het Ministerie aan als gesubdelegeerd ordonnateur.

De inkoper van het Ministerie wordt gemachtigd voor de vastleggingen en juridische verbintenissen overeenkomstig artikel 24, §§ 2 en 3, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap voor de in § 1 vermelde basisallocaties tot 500 euro.

HOOFDSTUK 3. — *Bevoegdheden gedelegeerd aan de plaatsvervangende secretarissen-generaal*

Afdeling 1. — Algemene delegaties

Onderafdeling 1. — Delegaties inzake begroting en financiële aangelegenheden

Art. 10. Lopende uitgaven die onder de plaatsvervangende secretarissen-generaal ressorteren.

Onverminderd artikel 9 en wat de vastleggingen, juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, §§ 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, worden de bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal in het kader van hun bevoegdheidsdomeinen aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven voor de basisallocaties 12 en 74 van het programma 00 van de organisatieafdeling 20, en dit tot 10.000 euro.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

Onderafdeling 2. — Delegaties inzake personeel

Art. 11. Afwezigheid van personeelsleden.

De bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal worden gemachtigd om te beslissen over alle soorten van afwezigheden die worden aangevraagd door medewerkers die rechtstreeks onder hen ressorteren en die geen invloed hebben op de bezoldigingsregeling, het administratief statuut of de arbeidsverhouding van het betrokken personeelslid, met inbegrip van de toekenning van jaarlijkse vakantiedagen, buitengewone arbeidstijden en overuren.

Art. 12. Verblijven in het buitenland.

De bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal worden gemachtigd om verblijven met overnachting in het buitenland goed te keuren die worden aangevraagd door medewerkers die rechtstreeks onder hen ressorteren.

Afdeling 2. — Bijzondere delegaties

Art. 13. Personeelsontwikkeling.

De bevoegde plaatsvervangende secretaris-generaal belast met personeelsontwikkeling wordt gemachtigd om de volgende bevoegdheden van de secretaris-generaal uit te oefenen :

1° de vacantverklaring van betrekkingen, de toelating tot de stage en de benoemingen in de niveaus III en IV overeenkomstig artikel 9 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

2° de programma's van de vergelijkende wervingsexamens vaststellen overeenkomstig artikel 14, tweede lid, van hetzelfde besluit;

3° beslissen om een wervingsreserve aan te leggen en de geldigheidsduur ervan bepalen overeenkomstig artikel 14, derde lid, van hetzelfde besluit;

4° bijzondere wervingsvoorwaarden opleggen overeenkomstig artikel 15, § 1, van hetzelfde besluit;

5° maatregelen nemen om stagiairs te integreren en stagiairs of personeelsleden op te leiden overeenkomstig artikel 24, eerste lid, van hetzelfde besluit;

6° adviezen in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 28 van hetzelfde besluit;

7° de verslagen en eindverslagen in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 29 van hetzelfde besluit;

8° de commissie van beroep voorzitten overeenkomstig artikel 32, eerste lid, van hetzelfde besluit;

9° de nadere vorm van het evaluatieverslag bepalen overeenkomstig artikel 38, § 2, tweede lid, van hetzelfde besluit;

10° de nadere vorm van het voorafgaand verslag bepalen overeenkomstig artikel 39, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit;

11° overeenkomstig artikel 39, § 1, derde lid, van hetzelfde besluit mededelen wie de directieraad als onmiddellijke hiërarchische meerderen heeft aangewezen;

12° de ambtenaren evalueren overeenkomstig artikel 39, § 2, van hetzelfde besluit;

13° het verslag bedoeld in artikel 41, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit opmaken;

14° de programma's van de overgangsexamens bepalen overeenkomstig artikel 62, tweede lid, van hetzelfde besluit;

15° opdracht geven om buiten de voorgeschreven diensttijd ter beschikking te staan overeenkomstig artikel 87.1 van hetzelfde besluit;

16° een toelage toekennen aan personeelsleden die managements- of stafopdrachten vervullen overeenkomstig artikel 87.2, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit;

17° diezelfde toelage schrappen overeenkomstig artikel 87.3, tweede lid, van hetzelfde besluit;

18° de mededeling van bijkomende beroepsactiviteiten in de overheidssector ontvangen en voorstellen om die activiteiten te verbieden overeenkomstig artikel 89, § 2, van hetzelfde besluit;

19° de aanvraag m.b.t. de uitoefening van een bijkomende beroepsactiviteit in de privésector ter advies voorleggen overeenkomstig artikel 89, § 3, tweede lid, van hetzelfde besluit;

20° beslissen in welke dienst van het Ministerie de ambtenaar zijn activiteiten zal uitoefenen overeenkomstig artikel 91 van hetzelfde besluit;

21° behoudens andersluidende bepalingen, de verloven, dienstvrijstellingen en overige afwezigheden toekennen overeenkomstig artikel 104 van hetzelfde besluit;

22° de schriftelijke aanvragen voor bepaalde verloven in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 117, tweede lid, van hetzelfde besluit;

23° een beslissing nemen over diezelfde aanvragen overeenkomstig artikel 117, derde lid, van hetzelfde besluit;

24° overeenkomstig artikel 120 van hetzelfde besluit de aanvragen voor verlof voor persoonlijke aangelegenheden in ontvangst nemen, beslissen of dit verlof al dan niet wordt toegekend en die beslissingen met redenen omkleden;

25° de attesten afgegeven in het kader van het postnataal moederschapsverlof in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 125.1, tweede lid, van hetzelfde besluit;

26° overeenkomstig artikel 126, tweede lid, van hetzelfde besluit toestemming geven om meer dan tien vakantiedagen naar het volgende kalenderjaar over te hevelen;

27° overeenkomstig artikel 132, § 2, tweede lid, en § 3, tweede lid, van hetzelfde besluit de aanvragen voor vaderschapsverlof in ontvangst nemen;

28° overeenkomstig artikel 137, derde lid, van hetzelfde besluit een beslissing nemen over verzoeken om verminderde prestaties te verrichten;

29° de mededeling in ontvangst nemen dat een ziek personeelslid de dienst halftijds kan hervatten overeenkomstig artikel 154, eerste lid, van hetzelfde besluit;

30° de mededeling van de bevoegde ambtenaar-controleur in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 155, tweede lid, van hetzelfde besluit;

31° opleidingen en voortgezette opleidingen opleggen overeenkomstig artikel 158 van hetzelfde besluit;

32° de beslissing van het departementshoofd over aanvragen om een opleiding of voortgezette opleiding te volgen, in ontvangst nemen, uitspraak doen over beroepen en de directieraad over de beroepen informeren overeenkomstig artikel 160, eerste en derde lid, van hetzelfde besluit;

33° opleidingsverlof toekennen en de aanvragen voor opleidingsverlof in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 168 van hetzelfde besluit;

34° de mededeling in ontvangst nemen dat ambtenaren een opleiding voortijdig hebben stopgezet of hun lessen in het afstandsonderwijs niet binnen de voorgeschreven termijnen terugsturen en kunnen nagaan of de opleidingen wel gevolgd worden overeenkomstig artikel 169, §§ 3 en 5, van hetzelfde besluit;

35° het opleidingsverlof schorsen overeenkomstig artikel 171, eerste lid, van hetzelfde besluit;

36° advies geven over de vraag of een ambtenaar met een uitzonderlijke opdracht wordt belast overeenkomstig artikel 172, eerste lid, van hetzelfde besluit;

37° overeenkomstig artikel 173 van hetzelfde besluit de mededeling in ontvangst nemen van ambtenaren die een opdracht bij een andere binnenlandse of internationale overheid willen uitoefenen;

38° afwijkingen toestaan betreffende de duur van de dienstvrijstelling voor een opdracht overeenkomstig artikel 174 van hetzelfde besluit;

39° overeenkomstig artikel 175, tweede lid, van hetzelfde besluit advies uitbrengen over aanvragen inzake dienstvrijstelling voor de uitoefening van een opdracht;

40° een tuchtstraf voor een departementshoofd voorstellen overeenkomstig artikel 201, eerste lid, van hetzelfde besluit;

41° overeenkomstig artikel 217, eerste lid, van hetzelfde besluit de aanvraag in ontvangst nemen van ambtenaren die om ontslag verzoeken;

42° de functie van opleidingsdirecteur uitoefenen en de mogelijkheid hebben om een gemachtigde ambtenaar aan te wijzen overeenkomstig artikel 221 van hetzelfde besluit;

43° personeel in dienst nemen in de weddeschalen van niveau IV en III, overeenkomstig artikel 3, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut.

Art. 14. Kwaliteitsmanagement.

De bevoegde plaatsvervangende secretaris-generaal belast met kwaliteitsmanagement wordt gemachtigd om de volgende bevoegdheden van de secretaris-generaal uit te oefenen :

1° het uitoefenen van de bevoegdheden van de verantwoordelijke voor de verwerking overeenkomstig artikel 1, § 4, van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens;

2° het in ontvangst nemen van en het beslissen over de aanvragen om openbaarheid van bestuursdocumenten overeenkomstig artikel 4, § 3, van het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten;

3° het in ontvangst nemen van en het beslissen over de verzoeken om hergebruik van overheidsdocumenten overeenkomstig artikel 8 van het decreet van 18 december 2006 inzake het hergebruik van overheidsdocumenten.

HOOFDSTUK 4. — *Bevoegdheden gedelegeerd aan de departementshoofden*

Afdeling 1. — Algemene delegaties

Onderafdeling 1. — Delegaties inzake begroting en financiële aangelegenheden

Art. 15. Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid.

Onverminderd artikel 7 worden de bevoegde departementshoofden aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, §§ 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de basisallocaties die aan hun departement zijn toegekend.

Art. 16. Lopende uitgaven in de departementen.

§ 1. Onverminderd artikel 9 worden de bevoegde departementshoofden aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen, juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, §§ 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschapuitgaven bepaalde basisallocaties 12 en 74 tot 10.000 euro.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

§ 2. Wanneer een departementshoofd tegelijk als rekenplichtige is aangewezen overeenkomstig artikel 25 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, wordt in afwijking van § 1 alleen de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor dat departement.

Art. 17. Toekenning van subsidies.

Voor zover het om gebonden beslissingen zonder beoordelingsruimte gaat, worden de bevoegde departementshoofden aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen, juridische verbintenissen en betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, §§ 2 tot 4, van het financieel reglement met betrekking tot de toekenning van subsidies tot 5.000 euro.

Onderafdeling 2. — Delegaties inzake personeel

Art. 18. Afwezigheid van personeelsleden.

Onverminderd de bevoegdheden inzake personeel die de secretaris-generaal op grond van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren uitoefent, worden de bevoegde departementshoofden gemachtigd om te beslissen over alle soorten van afwezigheden die geen invloed hebben op de bezoldigingsregeling, het administratief statuut of de arbeidsverhouding van het betrokken personeelslid, met inbegrip van de toekenning van jaarlijkse vakantiedagen, buitengewone arbeidstijden en overuren.

Art. 19. Verblijven in het buitenland.

De bevoegde departementshoofden worden gemachtigd om verblijven met overnachting in het buitenland goed te keuren.

Afdeling 2. — Bijzondere delegaties

Art. 20. Departement Vorming en Organisatie van het Onderwijs.

§ 1. Het bevoegde departementshoofd van het departement Vorming en Organisatie van het Onderwijs wordt gemachtigd om krachtens de artikelen 56 tot 60 van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs over de afwijkingen en vrijstellingen te beslissen.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating bepaald in artikel 7, § 3, van het koninklijk besluit van 3 november 1987 houdende algemeen reglement van de studie in het hoger onderwijs van het korte type met volledig leerplan.

§ 3. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking bepaald in artikel 11, § 2, van hetzelfde koninklijk besluit.

§ 4. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om over de gelijkwaardigheid van de buitenlandse studiekwalificaties te beslissen krachtens de wet van 19 maart 1971 betreffende de gelijkwaardigheid van de buitenlandse diploma's en studiegetuigschriften.

§ 5. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de uitreiking van conformiteitsattesten voorgeschreven bij de artikelen 8 tot 11 van het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009.

§ 6. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om in het kader van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen uitspraak te doen over beroepen die betrekking hebben op de afwijzing van de aanvraag of het bedrag van de toegekende toelage.

Art. 21. Departement Werkgelegenheid.

§ 1. Het bevoegde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de bijzondere premie bepaald in artikel 24, eerste lid, 1°, van het besluit van de Executieve van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen, behalve wat de verhoging van die premie in bijzonder schrijnende gevallen betreft.

§ 2. Het bevoegde departementshoofd wordt gemachtigd om, in het kader van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers en behoudens de daarin bepaalde ministeriële afwijkingen, over de arbeidsvergunningen en arbeidskaarten te beslissen.

Art. 22. Departement Gezondheid, Gezin en Bejaarden.

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Gezondheid, Gezin en Bejaarden wordt gemachtigd om met toepassing van artikel 113, § 1, 3°, van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992 het attest m.b.t. de aftrekbaarheid van de uitgaven voor de opvang van kinderen van minder dan 12 jaar te ondertekenen.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma bepaald in :

1° de artikelen 13, 34 en 60 van het besluit van de Regering van 18 januari 2007 betreffende de kinderopvang;

2° artikel 7 van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten en houdende oprichting van een consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp.

§ 3. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de erkenning als zelfstandige onthaalouders bedoeld in artikel 63 van het besluit van de Regering van 18 januari 2007 betreffende de kinderopvang.

§ 4. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toestemming om andere leeftijdsgroepen op te vangen, aangevraagd met toepassing van artikel 8 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen.

Art. 23. Departement Financiën en Begroting

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Financiën en Begroting wordt gemachtigd voor :

1° het dagelijks bijhouden en beheren van rekeningen bij financiële instellingen, met inbegrip van het openen en sluiten van rekeningen, de toekenning van volmachten, de afhandeling van domiciliëringsaanvragen, de inning van cheques;

2° de goedkeuring van de opgemaakte afrekeningen in verband met de aangerekende debet- en creditrente en in verband met verschillende kosten en bankprovisies.

Hetzelfde departementshoofd is gemachtigd om alle rechtshandelingen te ondertekenen die verband houden met leningen, leasingprocedures, beleggingen, garantieverklaringen of de aan- en verkoop van onroerende goederen en die, naargelang van het geval, uitgaan van de Regering of de Minister bevoegd voor Begroting.

Art. 24. Departement Infrastructuur.

§ 1. In afwijking van het maximumbedrag vermeld in artikel 16 wordt het departementshoofd bevoegd voor het departement Infrastructuur gemachtigd om, in het kader van de wetgeving inzake overheidsopdrachten en van de terzake door de Duitstalige Gemeenschap aangenomen bepalingen, te beslissen over alle opdrachten m.b.t. tot onderhouds- en verbouwwerkzaamheden waarvan de kosten 30.000 euro niet overschrijden.

De delegatie geldt voor alle rechtshandelingen die voor de gunning of de uitvoering van de opdracht in het kader van de bovenvermelde bepalingen noodzakelijk of mogelijk zijn. Deze delegatie geldt ook voor het sluiten en uitvoeren van overeenkomsten met voorzieningsmaatschappijen, alsook voor overeenkomsten m.b.t. het onderhoud, het nazicht en de afstelling van verwarmings-, luchtverversings-, veiligheids- en elektrische installaties.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de veiligheidscoördinator op tijdelijke of mobiele bouwplaatsen van de Duitstalige Gemeenschap aan te wijzen.

§ 3. In afwijking van het maximumbedrag vermeld in artikel 17 wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om subsidie toe te kennen voor door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerde infrastructuur tot een maximumbedrag van 30.000 euro, voor zover het om gebonden beslissingen zonder beoordelingsruimte gaat.

Art. 25. Departement Jeugdbijstand.

§ 1. Met toepassing van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming wordt het departementshoofd bevoegd voor het departement Jeugdbijstand gemachtigd om te beslissen over :

1° de terugbetaling van de kosten van maatregelen die met toepassing van artikel 18 van het decreet worden uitgevoerd door natuurlijke personen of rechtspersonen die hun zetel buiten het Duitse taalgebied hebben;

2° de toestemming om de hulpverlening met toepassing van artikel 21 van het decreet voort te zetten nadat de betrokkene meerderjarig is geworden.

§ 2. Met toepassing van het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over :

- 1° de erkenning als pleeggezin vermeld in artikel 23 van het besluit;
- 2° de opschorting en intrekking van de erkenning van een natuurlijke persoon met toepassing van artikel 32 van het besluit;
- 3° de toekenning van de kosten van levensonderhoud vermeld in artikel 43 van het besluit;
- 4° de toekenning van de steun voor culturele, sportieve en schoolse activiteiten vermeld in artikel 44 van het besluit;
- 5° de toekenning van de bijzondere onkosten vermeld in de artikelen 46 en 48 van het besluit;
- 6° de toekenning van het pleeggeld vermeld in artikel 47 van het besluit.

Art. 26. Departement Cultuur, Jeugd en Vormingswerk voor Volwassenen.

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Cultuur, Jeugd en Vormingswerk voor Volwassenen wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de toelagen voor culturele bevordering die moeten worden gegeven voor optredens in opdracht en reizen in het buitenland van de geklasseerde verenigingen voor amateurkunst en kamermuziekensembles en die verschuldigd zijn in het kader van de regelgeving terzake.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, binnen de perken van het door de bevoegde minister vastgelegd aantal en met toepassing van het besluit van de Executieve van 6 juli 1992 tot uitvoering van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers, te beslissen over de subsidiëerbaarheid en de aanneembare dienstjaren van de door de organisaties voorgestelde kandidaten.

§ 3. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de toelagen aan jeugdorganisaties en vakantiecampen.

§ 4. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de toelagen voor de deelneming aan voortgezette opleidingen in de sector "volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen" en in de sector "jeugd" die verschuldigd zijn in het kader van de regelgeving terzake.

Art. 27. Departement Lokale Besturen en Kancelarij.

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Lokale Besturen en Kancelarij wordt gemachtigd om briefwisseling over de toetsing van beslissingen, dossieraanvragen, aanvragen om inlichtingen, aanmaningen en begeleidingsbrieven te ondertekenen namens de Minister die bevoegd is voor Lokale Besturen.

Art. 28. Departement Pedagogie.

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Pedagogie wordt gemachtigd om krachtens artikel 63, eerste lid, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen over de onderwijsvrijstellingen te beslissen.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de vrijstelling bepaald in artikel 8 van het besluit van de Regering van 20 juli 1994 betreffende de samenstelling en de werking van de examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs alsmede de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie.

§ 3. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen in welke examenreeks de verschillende vakken krachtens de artikelen 14 en 16 van hetzelfde besluit moeten worden opgenomen.

§ 4. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de vrijstelling bepaald in artikel 23 van het besluit van de Regering van 13 juni 1997 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder het brevet in verpleegkundige verzorging wordt toegekend.

Art. 29. Departement Sociale Aangelegenheden.

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Sociale Aangelegenheden wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de dotatie voor sociale zorg vastgelegd in artikel 14 van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om briefwisseling over de toetsing van beslissingen, dossieraanvragen, aanvragen om inlichtingen, aanmaningen en begeleidingsbrieven te ondertekenen namens de minister die bevoegd is voor de O.C.M.W.'s.

§ 3. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te bevestigen of de beslissingen die in het kader van de overzichtlijst met toepassing van artikel 111 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn worden overgezonden en de beslissingen die met toepassing van artikel 112 worden aangevraagd in overeenstemming zijn met de wet.

§ 4. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de tussenkomst vermeld in artikel 2 van het besluit van de Regering van 4 augustus 2005 betreffende het Fonds voor afbetaling van schulden.

§ 5. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen die worden toegestaan in het kader van artikel 5 van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

Art. 30. Departement Sport, Media en Toerisme

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Sport, Media en Toerisme wordt gemachtigd om te beslissen over de erkenning van vakantiewoningen, in het bijzonder ter uitvoering van artikel 2 van het decreet van 23 november 1992 betreffende de vakantiewoningen.

Art. 31. Departement Onderwijspersoneel - Aanstellingen in het gemeenschapsonderwijs.

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de tijdelijke aanstelling van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch en psychosociaal personeel bedoeld in de artikelen 16 en 19bis van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend

personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de tijdelijke aanstelling bedoeld in de artikelen 4 en 7bis van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëliete, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de tijdelijke aanstelling bedoeld in de artikelen 12 en 15bis van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra.

Art. 32. Departement Onderwijspersoneel - Toelating tot de stage in het gemeenschapsonderwijs.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating tot de stage bedoeld in artikel 20 van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs.

Art. 33. Departement Onderwijspersoneel - Mutaties in het gemeenschapsonderwijs.

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de mutatie bedoeld in de artikelen 17 en 26 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 27 februari 1991 tot vaststelling van de voorrangsregels en van de modaliteiten inzake de mutaties van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel, van de onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

Art. 34. Departement Onderwijspersoneel - Afwijkingen inzake nationaliteit.

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 16, eerste lid, 1^o, a), artikel 39, eerste lid, 1^o, a), artikel 91^{quater}, eerste lid, 1^o, a), artikel 101, eerste lid, 1^o, artikel 102, eerste lid, 1^o, artikel 108, 1^o, artikel 109, 1^o, en artikel 121^{ter}, eerste lid, 1^o, a), van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 12, eerste lid, 1^o, a), van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs.

§ 3. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 4, § 1, eerste lid, 1^o, a), en artikel 22^{sexies}, eerste lid, 1^o, a), van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëliete, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 4. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 12, eerste lid, 1^o, a), en artikel 30, eerste lid, 1^o, a), van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra.

§ 5. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 33, eerste lid, 1^o, a), artikel 49, § 1, eerste lid, 1^o, a), artikel 62.3, eerste lid, 1^o, a), en artikel 69.2, eerste lid, 1^o, a), van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 20, § 1, eerste lid, 1^o, a), artikel 37, eerste lid, 1^o, a), artikel 56.2, eerste lid, 1^o, a), artikel 64.2, eerste lid, 1^o, a), en artikel 64.13, eerste lid, 1^o, a), van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra.

Art. 35. Departement Onderwijspersoneel - Afwijkingen inzake diploma.

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake diploma bedoeld in artikel 19 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake diploma bedoeld in artikel 7 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëliete, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 36. Departement Onderwijspersoneel - Afwijking inzake taal.

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake taal bedoeld in artikel 25, § 1, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs.

Art. 37. Departement Onderwijspersoneel - Goedkeuring van verloven, afwezigheden en terbeschikkingstellingen.

§ 1. Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om in voorkomend geval te beslissen over de toekenning van één van de volgende verloven in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap :

1° het verlof vermeld in artikel 8 van de wet van 21 maart 1964 op het medisch schooltoezicht;

2° de verloven vermeld in artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, met uitzondering van artikel 3, derde lid, *c*), *g*) en *k*);

3° de verloven vermeld in artikel 7, eerste lid, *b*) en *c*), en artikel 22 van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter uitvoering van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

4° de verloven vermeld in artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, met uitzondering van artikel 160, derde lid, *c*), *g*), *j*), *l*) en *n*);

5° de verloven vermeld in artikel 40 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëlite, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, met uitzondering van artikel 40, tweede lid, *c*), *g*) en *k*);

6° de verloven vermeld in artikel 9, eerste lid, *b*) en *c*), en de artikelen 12, 13 en 27 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter uitvoering van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

7° het verlof vermeld in het koninklijk besluit van 2 april 1975 betreffende het verlof dat aan sommige personeelsleden in overheidsdienst wordt verleend voor het verrichten van bepaalde prestaties ten behoeve van in de wetgevende vergaderingen van de Staat en van de Gemeenschappen of de Gewesten erkende politieke groepen, respectievelijk ten behoeve van de voorzitters van die groepen;

8° de verloven vermeld in het koninklijk besluit van 8 juli 1976 genomen voor de toepassing van artikel 40 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëlite, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap;

9° de verloven vermeld in de artikelen 169 en 170 van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met het toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra, met uitzondering van artikel 169, § 1, 4°, 8°, 10°, 14°, en artikel 170, 4°;

10° de verloven vermeld in artikel 9, eerste lid, *b*) en *c*), en de artikelen 12, 27 en 31 van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het vastbenoemd, voor een doorlopende duur tijdelijk aangesteld of stagedoend technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten;

11° het verlof vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 4 september 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan de personeelsleden van het rijksonderwijs en van de psycho-medisch-sociale centra van het Rijk die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat;

12° de verloven vermeld in de artikelen 3, *3bis*, 4, *4bis*, *4ter* en *4quater*, van het besluit van de Regering van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra;

13° de verloven vermeld in de artikelen 25 en 33 van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs - 2005;

14° het verlof vermeld in artikel 5.45, § 2, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool;

15° het verlof vermeld in artikel 79 van het decreet van 25 juni 2007 houdende maatregelen inzake onderwijs - 2007.

§ 2. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om in voorkomend geval te beslissen over de toekenning van één van de volgende terbeschikkingstellingen in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap :

1° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 7 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, met uitzondering van artikel 7, *c*);

2° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 164 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, met uitzondering van artikel 164, eerste lid, *c*);

3° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 45 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëliete, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, met uitzondering van artikel 45, eerste lid, b);

4° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 174 van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de gespecialiseerde rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de rijksvormingscentra en van de inspectiediensten belast met het toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra, met uitzondering van artikel 174, eerste lid, c);

5° de terbeschikkingstellingen vermeld in de artikelen 8, 10 en 10bis van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra;

6° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 5.47, eerste lid, 4° en 5°, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool.

§ 3. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om in voorkomend geval te beslissen over de toekenning van één van de volgende op non-activiteitstellingen in het gemeenschapsonderwijs :

1° de afwezigheden vermeld in artikel 4, a) en c), van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

2° de afwezigheden vermeld in artikel 161, a) en d), van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

3° de afwezigheid vermeld in artikel 42, a), van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëliete, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap;

4° de afwezigheid vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 25 november 1976 betreffende de afwezigheden van lange duur gewettigd door familiale redenen.

§ 4. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de goedkeuringen van de volgende verloven in het gesubsidieerd onderwijs :

1° de goedkeuring vermeld in artikel 31 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

2° de goedkeuring vermeld in artikel 8 van de wet van 21 maart 1964 op het medisch schooltoezicht;

3° de goedkeuringen vermeld in de artikelen 23 en 30 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

4° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 15 april 1977 betreffende de afwezigheden van lange duur gewettigd door familiale redenen van de gesubsidieerde personeelsleden;

5° de goedkeuring vermeld in de artikelen 2 en 3 van het koninklijk besluit van 16 december 1981 betreffende het syndicaal verlof in het gesubsidieerd onderwijs;

6° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 16 december 1981 betreffende het syndicaal verlof in de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra en diensten voor studie- en beroepsoriëntering;

7° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit nr. 74 van 20 juli 1982 betreffende het verlof voor verminderde prestaties wegens persoonlijke aangelegenheden of gewettigd door sociale of familiale redenen van de personeelsleden van het gesubsidieerd onderwijs;

8° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit nr. 75 van 20 juli 1982 betreffende het verlof voor verminderde prestaties wegens persoonlijke aangelegenheden van de personeelsleden van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra;

9° de goedkeuring vermeld in artikel 1 van het koninklijk besluit nr. 94 van 28 september 1982 betreffende de verloven voor verminderde prestaties gewettigd door sociale of familiale redenen of wegens persoonlijke aangelegenheden;

10° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het besluit van de Executieve van 23 augustus 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan de leden van het personeel van het gesubsidieerd onderwijs en van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die tenminste twee kinderen ten laste hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die de oppensioenstelling voorafgaat;

11° de goedkeuringen vermeld in artikel 6, § 1, eerste lid, § 2, eerste lid, § 3, eerste lid, en § 4, eerste lid, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra;

12° de goedkeuring vermeld in de artikelen 74, derde lid, en artikel 77, § 1, tweede lid, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum;

13° de goedkeuring vermeld in artikel 72, § 2, tweede lid, en artikel 75, § 1, tweede lid, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra;

14° de goedkeuringen vermeld in de artikelen 25 en 33 van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs - 2005;

15° de goedkeuring vermeld in artikel 79 van het decreet van 25 juni 2007 houdende maatregelen inzake onderwijs - 2007.

§ 5. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de goedkeuringen van de volgende terbeschikkingstellingen in het gesubsidieerd onderwijs :

1° de goedkeuring vermeld in artikel 31 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

2° de goedkeuring vermeld in artikel 2, § 5, van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtwedde-toelage in het gesubsidieerd onderwijs;

3° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit nr. 76 van 20 juli 1982 betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden voor de personeelsleden van het gesubsidieerd onderwijs;

4° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit nr. 136 van 30 december 1982 betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden voor de personeelsleden van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra;

5° de goedkeuring vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, artikel 10, § 1, eerste lid, en artikel 10bis van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra;

6° de goedkeuring vermeld in artikel 78, § 1, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum;

7° de goedkeuring vermeld in artikel 76, § 1, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra.

HOOFDSTUK 5. — *Bevoegdheden gedelegeerd aan de directeurs van bepaalde diensten met afzonderlijk beheer*

Afdeling 1. — Toepassingsgebied

Art. 38. Toepassingsgebied.

Dit hoofdstuk is van toepassing op de directeurs van de volgende diensten met afzonderlijk beheer :

1° DAB Gemeenschapscentra;

2° DAB Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap.

Afdeling 2. — Algemene delegaties

Onderafdeling 1. — Delegaties inzake begroting en financiële aangelegenheden

Art. 39. Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid.

Onverminderd artikel 7 worden de bevoegde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, §§ 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de uitgavenbegroting van hun dienst.

Art. 40. Lopende uitgaven in de diensten met afzonderlijk beheer.

Onverminderd artikel 9, § 1, worden de bevoegde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen, juridische verbintenissen, de betaalbaarstelling van de uitgaven en de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, §§ 2 tot 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot alle uitgaven tot 10.000 euro die in de uitgavenbegroting van hun dienst zijn bepaald.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

Onderafdeling 2. — Delegaties inzake personeel

Art. 41. Afwezigheid van personeelsleden.

Onverminderd de bevoegdheden inzake personeel die de secretaris-generaal uitoefent krachtens het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren worden de bevoegde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer gemachtigd om te beslissen over alle soorten van afwezigheden die geen invloed hebben op de bezoldigingsregeling, het administratief statuut of de arbeidsverhouding van het betrokken personeelslid, met inbegrip van de toekenning van jaarlijkse vakantiedagen, buitengewone arbeidstijden en overuren.

Art. 42. Verblijven in het buitenland.

De bevoegde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer worden gemachtigd om verblijven met overnachting in het buitenland goed te keuren.

Afdeling 3. — Bijzondere delegaties

Art. 43. Gemeenschapscentra - Uitgaven.

In afwijking van het maximumbedrag vermeld in artikel 40 wordt de bevoegde directeur van de dienst met afzonderlijk beheer "Gemeenschapscentra", in het kader van de uitgavenbegroting van de dienst, gemachtigd voor alle beslissingen die gepaard gaan met uitgaven tot 25.000 euro.

Art. 44. Gemeenschapscentra - Sluiten van arbeidsovereenkomsten.

De bevoegde directeur van de dienst met afzonderlijk beheer "Gemeenschapscentra" wordt gemachtigd om, met inachtneming van de geldende wetgeving, arbeidsovereenkomsten te sluiten en te beëindigen waarvan de duur niet meer dan twaalf maanden bedraagt. De delegatie houdt niet in dat hij een dergelijke overeenkomst kan verlengen.

De stukken betreffende de overeenkomst worden zo snel mogelijk overgezonden aan de Minister bevoegd voor Personeel, de Minister bevoegd voor het Gemeenschapscentrum en de plaatsvervangende secretaris-generaal belast met personeelsontwikkeling.

HOOFDSTUK 6. — *Opheffingsbepaling, bepaling van inwerkingtreding en slotbepaling***Art. 45.** Opheffingsbepaling.

Het besluit van de Regering van 21 december 2000 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Art. 46. Inwerkingtreding.

Dit besluit treedt in werking op 1 september 2012.

Art. 47. Slotbepaling.

De Ministers zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 19 juli 2012.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
Mevr. I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST — REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

N. 2012 — 3039

[C – 2012/31725]

27 SEPTEMBER 2012. — Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering tot bepaling van het maximum aantal kiezers per stembureau voor de verkiezingen van de gemeenteraden van 14 oktober 2012

De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,

Gelet op de wet van 11 april 1994 tot organisatie van de geautomatiseerde stemming, inzonderheid artikel 14, eerste lid, 1^o, gewijzigd bij de wet van 12 augustus 2000;

Gelet op het Brussels Gemeentelijk Kieswetboek vastgesteld bij de ordonnantie van 16 februari 2006 houdende wijziging van de gemeentekieswet, artikel 8, vierde lid;

Gelet op de ordonnantie van 12 juli 2012 houdende de organisatie van de elektronische stemming voor de gemeenteraadsverkiezingen, artikel 4;

Op de voordracht van de Minister-President van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Het aantal kiezers dat per stemafdeling toegelaten wordt om te stemmen tijdens de verkiezingen voor de gemeenteraden, kan tot ten hoogste 1280 gebracht worden, voor zover het aantal stemmachines, dat 5 bedraagt voor 800 kiezers, verhoogd wordt met een eenheid per groep van 160 bijkomende kiezers boven de 800 kiezers.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Art. 3. De Minister tot wiens bevoegdheid de Plaatselijke Besturen behoren is belast met de uitvoering van onderhavig besluit.

Brussel, 27 september 2012.

Voor de Brusselse Hoofdstedelijke Regering :

De Minister-President van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering,
bevoegd voor Plaatselijke Besturen, Ruimtelijke Ordening,
Monumenten en Landschappen en Openbare Netheid,

Ch. PICQUE

REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F. 2012 — 3039

[C – 2012/31725]

27 SEPTEMBRE 2012. — Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale déterminant le nombre d'électeurs maximum par bureau de vote pour l'élection des conseil communaux du 14 octobre 2012

Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,

Vu la loi du 11 avril 1994 organisant le vote automatisé, l'article 14, alinéa 1^{er}, 1^o, modifié par la loi du 12 août 2000;

Vu le Code électoral communal bruxellois institué par l'ordonnance du 16 février 2006 modifiant la loi électorale communale, article 8, alinéa 4;

Vu l'ordonnance du 12 juillet 2012 organisant le vote électronique pour les élections communales, article 4;

Sur la proposition du Ministre-Président du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale;

Après en avoir délibéré,

Arrête :

Article 1^{er}. Le nombre d'électeurs admis à voter par section de vote lors des élections pour les conseils communaux, peut être porté à 1280 au plus, pour autant que le nombre de machines à voter s'établissant à 5 pour 800 électeurs soit majoré d'une unité par tranche de 160 électeurs supplémentaires au delà de 800 électeurs.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

Art. 3. Le Ministre qui a les Pouvoirs locaux dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 27 septembre 2012.

Pour le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale :

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale chargé des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du Territoire, des Monuments et Sites et de la Propreté publique,

Ch. PICQUE